

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Glatzstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Kustodien zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,48 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 217 37, Redaktion 217 38
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis normiertags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Glatzstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unberlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Entschlossen zum Kampf

Die Parole des Frankfurter Gewerkschaftskongresses
Frankfurt a. M., 31. August (Eigener Drahtbericht).

Ueber dem Gewerkschaftskongress, der am Montag in Frankfurt am Main eröffnet wurde, liegt Sturm in m m u n g. Dem Reichsarbeitsminister, der dem Kongress beiwohnte, wurden in den Begrüßungsworten des Bundesvorsitzenden Leipart, dem Bericht des Bundesvorstandes und in der Aussprache über den Bericht keine L. Zertränze geworden.

Leiparts Begrüßungswort bildete ein Mahn- und Warnruf an die Reichsregierung und an das deutsche Unternehmertum. Er griff das Wort Ferdinand Lassalles auf, der in Frankfurt das Fundament der deutschen Arbeiterbewegung aus der Tiefe heraus baute und damals die Bedürfnislosigkeit der Arbeiter geistete. Heute ist dieses Wort in gewissem Sinne aktueller, denn das Unternehmertum möchte den deutschen Arbeiter lieber in diese Bedürfnislosigkeit hinunterstoßen. Hier aber, so betonte Leipart mit starkem Nachdruck, beginnt die Aufgabe des Kongresses: die Gewerkschaften werden nie und nimmer zugeben, daß die Arbeiterklasse noch einmal in hoffnungslose Verelendung hinabgestürzt wird. Als Leipart dann darauf hinwies, daß jeder Versuch, nach dem Muster der 80er Jahre wieder die Arbeiter mit Brutalität niederzuknüllen, auf eisernen Widerstand stoßen werden, lag über dem Kongress eine geradezu anheimliche Stille. Aus dem Beifall, der die Warnung des Bundesvorsitzenden an die Adresse der Arbeiterschaft, sich nicht verberberischen Illusionen hinzugeben, untertrieb, klang entschlossene Kampfbereitschaft.

Der Reichsarbeitsminister, der im Reigen der Begrüßungswortreden der Gäste das Wort ergriff, machte den Versuch, unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten die Haltung der Regierung gegenüber der Arbeiterschaft zu rechtfertigen. Er fand manches mutige und kräftige Wort bei seinem Rechtfertigungsversuch. Leipart hat das in seinem Dankeswort an den Minister auch anerkannt. Trotzdem hat der Minister enttäuscht. Man hatte mehr von ihm erwartet, und das hat Leipart offen und freimütig hervorgehoben. Man rechnete damit, daß er endlich einmal ein mutiges Wort in der Frage der Arbeitszeitverkürzung sprechen werde. Das ist nicht geschehen. Auch in der Tariffrage sprach der Minister recht diplomatisch und vorsichtig und nicht mit Unrecht konnte in der Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes, der von Leipart erstattet wurde, Thomas vom Bergwerksbund erklären, die Rede des Reichsarbeitsministers sei am interessantesten dort gewesen, wo der Minister geschwiegen habe. Ueber die Haltung der Regierung in der Frage der Allgemeinverbindlichkeit, in der Lohnabbaufrage und auch in der Frage des Schlichtungswesens ist durch die Rede des Reichsarbeitsministers keine Klarheit geschaffen worden.

Der Minister erklärte, er wolle keinen neuen allgemeinen Lohnabbau. Treffend antwortete darauf Schleicher vom Holzarbeiterverband: Was heißt „allgemeiner“ Lohnabbau? Auch der erste Lohnabbau war zunächst nur ein Abbau von Fall zu Fall, von Bezirk zu Bezirk, und erst allmählich wurde er ein allgemeiner Abbau. Das Schlichtungswesen soll nicht angetastet werden? Die Presse kündigte aber bereits eine Lockerung der Kartelle und Tarife per Verordnung an. Kommt diese Verordnung ausgerechnet etwa in dem Augenblick, wo hier in Frankfurt die Gewerkschaften ihre warnende Stimme dagegen erheben?

Die Ausführungen des Reichsarbeitsministers fließen im Kongress überhaupt allgemein auf Skepsis und Mißtrauen. Man erinnerte daran, daß die Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der allgemeinen Verbindlichkeit dem Lohnabbau für und Tor öffnet. Man erinnerte an die Notverordnung, die den Gemeindegeldern so übel mißgepielt hat, indem sie tarifmäßige Bedingungen einfach außer Kraft setzte. Man erinnerte den Minister an tausend andere Dinge, die die Arbeiterschaft veranlassen müssen, auf der Hut zu sein. In der Aussprache lautete bei der Kritik an der Politik des Reichsarbeitsministeriums häufig ein Hinweis auf Florian Geysers, dessen Wort von der „schönen und großen Sache“, weil die Verantwortlichen den Ernst der Stunde nicht erkannten, zerstört und vernichtet wurde. Diese große und schöne Sache ist der Friede des deutschen Volkes und dieser Friede ist bedroht, wenn die Warnung, die von Frankfurt her durch Deutschland dröhnt, nicht respektiert wird.

Stürme sind unterwegs, das ist der Eindruck des ersten Tages des Frankfurter Kongresses. Aus allen Reden drang ein einziger Schrei der Empörung, des Unwillens und der Verbitterung der Arbeiterschaft heraus. So wie bisher geht es nicht weiter! Wie ein Leitmotiv klang dieser Schrei der getretenen Kreatur immer wieder aus der Oupertüre des Kongresses. Wir schlittern immer wieder aus der Oupertüre des Kongresses. Wir schlittern zu einer Katastrophe, wie wir in den Krieg geschlittert sind. Das Maß ist voll, wir müssen uns auf Kampf einstellen, wenn man

An die Partei!

Genossinnen und Genossen!

Die Reaktion hat am 9. August in Preußen und damit in Deutschland eine Schlacht verloren.

Alle Feinde der Republik hatten sich zusammengetan, den entscheidenden Schlag zu führen gegen die unter den roten Fahnen der Sozialdemokratie, der freien Gewerkschaften und Arbeiter-Sportbewegung kämpfende Arbeiterklasse. Im trauten Verein mit den ausgesprochenen Arbeiterfeinden marschierten die Kommunisten unter Führung der Thälmann und Konsorten. Schmähtlicher und erbärmlicher sind noch niemals von einer angeblichen Arbeiterpartei die Interessen der Arbeiterklasse verraten worden, als es bei diesem Volksentscheid der Fall war.

Der Anschlag ist mißlungen. Unabsehbare Verschärfung von Not und Elend ist abgewendet.

Wir haben eine Schlacht gewonnen!

Jetzt gilt es mit doppelter Begeisterung den Kampf der Vernunft gegen Irrtum und Verhegung fortzuführen. Jetzt gilt es, diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die bisher der SPD. Geselligkeit leisteten, aber noch nicht jedes Gefühl von Solidarität, Klassenbewußtsein und Klassenstolz verloren haben, unter der roten Fahne des Sozialismus zu sammeln. Mehr denn je gilt heute die Parole:

Wo bleibt der zweite Mann?

Die Wirtschaftskrise dauert fort. Rund 4 1/2 Millionen Arbeitlose leiden mit ihren Familien Not. Der Kapitalismus verlagert. Unter dem Deckmantel der „nationalen Selbsthilfe“ und der „Vollsgemeinschaft“ bereiten sich die sogenannten Wirtschaftsführer auf einen neuen Schlag gegen die Lebenslage der breiten Schichten vor. Löhne und Gehälter — nicht etwa die der Generaldirektoren — sollen weiter abgebaut, die sozialen „Lasten“ heruntergedrückt, die Steuern für die Besitzenden gesenkt werden. Daneben Dröselung der Einfuhr und gesteigerte Ausfuhr zu Schleuderpreisen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, das ist das Programm dieser „Wirtschaftsführer“. Seine Verwirklichung würde den Wirtschaftskrieg in allerhöchster Form und damit weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit und des Elends bedeuten.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften führen einen zähen Kampf gegen die Vorhölle der Reaktion auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Dabei werden sie von keiner der sogenannten Arbeiterparteien unterstützt. Im Gegenteil, die Nationalsozialisten und Kommunisten erschöpfen ihre ganze Kraft in einem unnützen Kampf gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Das ist Arbeit für die Reaktion. Mit diesem Treiben muß endlich Schluß gemacht werden.

Genossinnen und Genossen! Seht euch zur Wehr. Sagt denen, die falschen Propheten folgen, immer wieder:

Gebt uns die Mehrheit!

damit wir aus kapitalistischer Wirtschafts-anarchie Wirtschaftsordnung machen.

Gebt uns die Mehrheit!

damit wir den Arbeitslosen eine menschenwürdige Existenz sichern können.

Gebt uns die Mehrheit!

damit wir eine Politik des Friedens und der Verständigung führen und das Vertrauen der Welt zurückgewinnen können.

Stahlschmelzparaden, Hitler-Marsche, Drohungen, die Verträge des deutschen Volkes mit anderen Staaten zu zerreißen, statt sie in Verhandlungen zu ändern, haben Deutschland um das Vertrauen der ganzen Welt gebracht, haben zu den großen Gelddrüsen der ausländischen Banken und zur gesteigerten Kapitalflucht geführt, haben Hunderttausende arbeitslos gemacht und die Not unerträglich verschärft.

Das alles läßt sich nur ändern, wenn wir die Feregeleiteten auf den Weg der Vernunft zurückführen, wenn wir sie dem Sozialismus gewinnen.

Datum heißt unsere Parole:

Wo bleibt der zweite Mann?

Helft mit, die Partei immer mehr zu stärken, allen Widerständen zum Trotz!

Als wir zu Jahresanfang unseren Mitgliedern zuriefen:

„Wo bleibt der zweite Mann?“

finden wir die Zustimmung all derer, denen der Fortschritt der Partei am Herzen liegt.

Manche meinten, die gestellte Aufgabe wäre zu gering. Im ganzen Jahr 1931 nur ein einziges neues Mitglied zu werden, schien eine zu bescheidene Aufgabe für einen begeisterten Sozialdemokraten.

So zeigen denn auch Mitteilungen aus allen Teilen Deutschlands, daß eifrige Genossinnen und Genossen ein vielfaches von dem erreichten, was wir im Namen des Sozialismus gefordert haben.

Auf der anderen Seite sind noch viele im Rückstand, trotzdem bereits zwei Drittel des Jahres verfloßen sind.

All diesen rufen wir wiederum zu:

Wo bleibt der zweite Mann?

Wir zählen auf Euch!

Verdoppelt Eure Anstrengungen!

Folgt freudig Eurem Pflichtgefühl und Eurem Gewissen! Schafft uns die Mehrheit! Gebt uns die Macht!

Der Parteivorstand.

Berlin, den 1. September 1931.

Internationale Kundgebung der Partei Riesen-Versammlung der Breslauer SPD. mit Genossen Jenner Brodwan aus England

Die Kundgebung im Gewerkschaftshause

Schon zeitig hatten sich zahlreiche Besucher im großen Saale des Gewerkschaftshauses eingefunden, der schließlich abgeperrt wurde, um wenigstens die Galerien für die Teilnehmer an der Kranzniederlegung am Grabe Ferdinand Lassalles freizuhalten. Unter Fanfarenklängen der Roten Falken erfolgte dann der Einmarsch der Parteiführer, die das Podium umzehrnten. Genosse Dr. Eastein begrüßte die Erschienenen, besonders aber den Genossen Jenner Brodwan, in dem wir nicht nur einen Vertreter des englischen, sondern des Weltproletariats vor uns haben. Er wies darauf hin, daß Jenner Brodwan sich im Kriege geweigert hat, auf deutsche Proletarier zu schießen. Er lehnte ab, in den Schützengruben zu ziehen, und nahm dafür drei Jahre Gefängnis auf sich. Der Warschauer Genosse Josef Krut konnte leider nicht erscheinen, da er von der Regierung Willkür in Genuß genommen festgehalten wurde. Genosse Eastein verlas dann folgenden Brief des Genossen Krut:

Czenstochau, 30. August 1931.

Mein lieber Genosse Eastein! Es tut mir außergewöhnlich leid, daß ich nicht nach Breslau kommen kann. Aber die Regierung wollte mir keinen Paß diesmal geben. Bitte überreichen Sie den deutschen Genossen, der Breslauer Organisation und der Massen-Versammlung meine herzlichsten Grüße. Gerade an diesem Tage möchte ich an den genialen Lassalle erinnern, denn „Verfassungsfragen sind Machtfragen“. Wir

glaubt, uns noch mehr zumuten zu können. So und ähnlich schrie es immer wieder aus der Welt der Empörung, die diesen bedeutungsvollen aller Gewerkschaftskongresse durchzittert. Ein stürmischer Ausfall!

tennen allerlei „demokratische Verfassungen“ — mein eigenes Vaterland, Deutschland und andere Länder zu vergleichen — und wissen, was sie für uns, revolutionäre, internationale Sozialisten bedeuten. Wir fühlen alle nicht nur die Macht des Faschismus, sondern auch die reale Diktatur des Kapitals. Ich werde alles tun, bei der ersten Gelegenheit bei Ihnen in Breslau zu sprechen, und namens der polnischen Unabhängigen Sozialistischen Partei und der revolutionären Arbeiter-Polens — die Breslauer Genossen zu begrüßen, dessen Wert und mutigen Kampf ich bewundere. Gerade wir an der Grenze sollen mehr verbunden sein im Kampfe gegen den Faschismus, Nationalismus, Militarismus und Kapitalismus! Es lebe die Breslauer Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! Es lebe der revolutionäre Kampf des Internationalismus!

Ihr ganz ergebener

Dr. Joseph Krut.

Genosse Eastein fügte dann hinzu, wir wissen, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Wir reichen den polnischen Genossen über die Grenze hinweg im Geiste die Bruderhand. Die Macht Willkür ist nicht so groß, das zu verhindern. Wir protestieren gegen den Faschismus, der sich in Polen wie in Deutschland breit macht, um die Arbeiterklasse niederzuhalten. Die Arbeiterschaft beider Länder will keinen Krieg mehr und wird ihre Kräfte nötigenfalls in der revolutionären Kriegerbewegung des Militarismus vereinigen. (Lebhafter Beifall.)

Jenner Brodwan

nahm hierauf, von stürmischem Beifall begrüßt, das Wort. Er bedauerte zunächst in einigen deutschen Sätzen, daß es ihm nicht möglich sei, deutsch zu der Versammlung zu sprechen. Wir reden verschiedene Sprachen, aber die gleiche Idee belebt uns. Der eigentlichen Vortrag hielt Genosse Jenner Brodwan in englischer

Sprache, Er wurde in vier Abschnitten von der Genossin Du e b y ...
Im ersten Teil seiner Rede sprach Jenner Brodway seine ...
Die Lehre Lassalles gilt nicht nur für die deutschen, sondern für ...
Es gibt uns nicht, Vertreter in der Regierung zu ...

Die Arbeiter aller Länder. Nicht auf die Form und die ...
Die Verfassung kommt es an, sondern auf die realen ...
Wir müssen eine solche Tragödie, wo sich das ...
Sowie die Internationale des Kapitals Krieg bestreift, müssen ...

Draußen und hier verleben wir heut, hohe Augenblicke in ...
Am Grabe Ferdinand Lassalles
Der jüdische Friedhof in der Lehnstraße war gestern ...
Genosse Estein hob in einem kurzen Gedächtniswort hervor ...

Im zweiten Teil seiner Rede ging Jenner Brodway näher ...
auf die Verhältnisse in England ein, die sehr viel verwandter ...
Gen. Estein dankte dem Redner und der Genossin Du e b y ...

Gen. Estein dankte dem Redner und der Genossin Du e b y ...
für ihre Ueberzeugung. Wer an der heutigen Kundgebung am ...
Gen. Estein dankte dem Redner und der Genossin Du e b y ...

Genosse Estein hob in einem kurzen Gedächtniswort hervor ...
überlebt wurde, erinnerte daran, daß Lassalle nicht nur der ...
Während das vor dem Friedhof am Grabe Lassalles auf ...

Heut lautet die Parole: Der Haushalt muß balanciert ...
werden. Der Besizende sagt, die Arbeitslosen müssen Opfer ...
bringen, den Arbeitslosen, die kaum genug haben, um ihr Leben ...

Gen. Estein dankte dem Redner und der Genossin Du e b y ...
für ihre Ueberzeugung. Wer an der heutigen Kundgebung am ...
Gen. Estein dankte dem Redner und der Genossin Du e b y ...

Genosse Estein hob in einem kurzen Gedächtniswort hervor ...
überlebt wurde, erinnerte daran, daß Lassalle nicht nur der ...
Während das vor dem Friedhof am Grabe Lassalles auf ...

Im dritten Abschnitt seiner Rede führte Jenner Brodway ...
aus: Ich sehe, daß ich zwischen England und Deutschland keine ...
Parallele mehr zu ziehen brauche. Sehen wir uns sonst in der ...

Gen. Estein dankte dem Redner und der Genossin Du e b y ...
für ihre Ueberzeugung. Wer an der heutigen Kundgebung am ...
Gen. Estein dankte dem Redner und der Genossin Du e b y ...

Genosse Estein hob in einem kurzen Gedächtniswort hervor ...
überlebt wurde, erinnerte daran, daß Lassalle nicht nur der ...
Während das vor dem Friedhof am Grabe Lassalles auf ...

Wir müssen wissen, wenn wir vorwärts kommen wollen, müssen ...
wir das Kapital angreifen, müssen wir die Industrie zu ...
sozialisieren versuchen; den Kapitalismus kontrollieren, heißt ...

Gen. Estein dankte dem Redner und der Genossin Du e b y ...
für ihre Ueberzeugung. Wer an der heutigen Kundgebung am ...
Gen. Estein dankte dem Redner und der Genossin Du e b y ...

Genosse Estein hob in einem kurzen Gedächtniswort hervor ...
überlebt wurde, erinnerte daran, daß Lassalle nicht nur der ...
Während das vor dem Friedhof am Grabe Lassalles auf ...

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann.
[Copyright 1951 by Schlessierdruck G.m.b.H. Breslau.]
(Nachdruck verboten)

„Donnerwetter! Der gibt's ihnen aber!“
„So ist's recht! Die haben uns jahrelang gezwiebelt!“
„Narbenbedeckten?... Todesmutigen?... Donnerwetter!“
Unteroffizier Kuhl zwinkerte dem Gefreiten Diekreuter mit dem linken Auge zu.
„Immer feste! Gib ihm!“ jubelte Jens Stüwer auf, „nun kommen wir an die Reihe!“
Jens Stüwer wartete seit einem Jahre auf seine Beförderung zum Unteroffizier und war höllisch auf das Kommando geladen.
„Ruhig!“ bat der Feldwebel. „Man kann ja nichts hören! Um Gotteswillen!... Habt Ihr gehört?... Revoluzjon!... Er ist übergeschnappt! Er ist verrückt! Revoluzjon in der Uniform gibt es nicht!“
„Quatsch nicht!“ unterbrach ihn Sergeant Möller, der immer etwas aufsässig war. „Mit Deinen Kriegsartikeln kommst Du jetzt nicht mehr weit!“
Feldwebel Goritzka lästete sich entsetzt an den Kopf. Schweiß stand ihm auf der Stirn.
„Was soll ich machen? Ich müßte ihn verhaften lassen!... Ach Gott! Ach Gott!... Ich, ein Feldwebel!... Ich soll einen Hauptmann verhaften lassen?... Wer ist denn eigentlich Wachhabender auf der Kasernenwache?“
„Unteroffizier Swartsuer!“
„Ach Gott, a-h Gott! Gerade so ein Schlappschwanz! Aber es hilft nichts! Holen Sie ihn mit vier Mann herauf, Diekreuter! Ich lass' den Hauptmann vom Fleck weg verhaften.“

Gerade als Theo Tass Trill den Hörer in die Ecke hieb, daß er in hundert Stücke zersplitterte, klopfte Feldwebel Goritzka mit Zittern an die Tür.
„Herein!“
Die Tür öffnete sich Zoll um Zoll. Als sie eine Handspanne freigab, zeigte sich Goritzkas Gesicht, um rasch wieder zu verschwinden.
„Was ist denn?“ fragte der Hauptmann milde, trat selbst bis an die Tür und stieß sie zurück.
Unteroffizier Swartsuer stand neben seinen vier Mann, die mit aufgepflanztem Seitengewehr Aufstellung genommen hatten. Seine Augen baten um Verzeihung. Als ihn Hauptmann Trill verwundert von oben bis unten betrachtete, wies er auf den Feldwebel. Der rückte immer weiter zur Seite. In seinen zitternden Händen hielt er die Baste und den Bleistift und nahm sich aus wie ein Schutzmann, der einen Übeltäter cuffsotieren will.
„Nanu?“ fragte Theo Tass Trill. „Ist etwas auf der Wache vorgefallen, Swartsuer?“
„Sie machen doch Revoluzjon, Herr Hauptmann!“
„Was soll der Blödsinn?“ fragte Theo Tass Trill und bemühte sich, seiner Stimme Festigkeit zu geben. „Haben Sie das angeordnet, Goritzka?“
„Jawoll, Herr Hauptmann! Wir haben doch alle durch die Tür gehört... alle, Herr Hauptmann!... daß Sie selber Revoluzjon machen wollen.“
Er sah sich nach seinen Kronzeugen um. Gefreiter Diekreuter drückte sich gerade zur Tür hinaus, um in den Korporalschaften Bescheid zu sagen. Unteroffizier Kuhl war an das Fenster getreten, da Lärm von der Straße zu hören war. Er riß das Fenster auf.
„Und?“ fragte Theo Tass Trill und zitterte am ganzen Körper. „Reden Sie doch, Goritzka!“
Goritzka schob mit einem Ruck die Baste in den Uniformrock, nahm dienstliche Haltung an und sagte mit einem Zug von Trauer und Bedauern in der Stimme: „Eine Revoluzjon

in Uniform gibt es nicht, Herr Hauptmann! Ich muß Sie verhaften lassen. Unteroffizier Swartsuer!“
„Zu Befehl, Herr Feldwebel!“
„Extrablatt!... Extrablatt!“ klang es von der Straße herauf. „Hurra! Hurra! Revoluzjon in Kiel!“
Goritzka zog mechanisch die Baste wieder hervor. Er sah alle Augen auf sich gerichtet und zuckte die Schultern. Damit sollte alles angedeutet werden: Bedauern, Unsicherheit, Zögern.
„Die Kieler Matrosen sind im Anmarsch auf Padelwitz!“ schrie Gefreiter Diekreuter zur Tür herein und schwenkte ein Extrablatt. „In ganz Deutschland ist Revoluzjon! Ich hab' schon die Korporalschaften mobil gemacht. Sie kommen gleich an. Wir lassen unsern Hauptmann Trill nicht verhaften. Der hat dem Kommando die Wahrheit geegelt. Er will sich an die Spitze der Revoluzjon stellen.“
„Hurra! Hurra!“ schrie ein Menschenhaufen vor der Kaserne. „Hoch die Revoluzjon! Hurraaaaa!... Hurra!“
„Unteroffizier Swartsuer“, befahl Theo Tass Trill mit Festigkeit, „verhaften Sie den Feldwebel Goritzka! Setzen Sie ihn auf der Wachtstube fest. Sie haften mir mit Ihrem Kopfe dafür, daß er nicht entflieht und sich nichts antut!“
Feldwebel Goritzka und Unteroffizier Swartsuer fielen zwei Steine vom Herzen. Das war die beste Lösung, die man sich denken konnte. Jeder kam um seine Verantwortung herum.
„Fassea Sie mich nicht an“, bat Goritzka leise, „ich komme freiwillig mit.“
„Die Feldwebelgeschäfte übernimmt einstweilen der Dienstäteste!“ befahl Theo Tass Trill. „Das sind Sie wohl, Sergeant Möller?“
„Jawoll, Herr Hauptmann!“
„Nehmen Sie sofort einen Tatbericht auf!“
„Zu Befehl, Herr Hauptmann!“

(Fortsetzung folgt)

Der Europaausschuss berät Litwinoffs Antrag über einen allgemeinen wirtschaftlichen Nichtangriffspakt

Genf, 31. August. (Sig. Draht.)

Das Unterkomitee des Europa-Ausschusses hat am Montag mit dem von Litwinoff vorgelegten einen wirtschaftlichen Nichtangriffspakt. Nach Litwinoffs Erklärungen ergab sich, wie im Mai allgem. eine prinzipielle Zustimmung. Der Ausschuss erklärte sich jedoch außerstande, an der vielen ungelärten Rückwirkungen eines so bedeutenden Vertrages bereits endgültig Stellung zu nehmen. Es ist deshalb beschlossen, zunächst das ganze Werk einem Kommissionsausschuss anzuvertrauen, der es später der Kommission anheimstellen wird, an welchen Ausschuss der Europaausschuss der Pakt zur endgültigen Beratung und Stellungnahme überwiesen werden soll.

Litwinoff lehnte es zu Beginn der Sitzung ab, seinen Antrag zu verteidigen, da er so durchsichtig sei, sein Aufbau so einfach und seine Ziele so einleuchtend seien, daß er keines Kommentars bedürfe. Um aber geäußerte Zweifel zu zerstreuen, erklärte er, der Pakt sei aufgebaut auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung. Dieses Prinzip schließt die Ausgrenzung eines Landes aus durch Schaffung von Wirtschaftsverbindungen für dieses Land, die es in eine benachteiligte Stellung gegenüber anderen Ländern bringen könnten. Daher ist dieses Prinzip eine andere und umgekehrte Anwendung des Prinzips der Meistbegünstigung und es garantiert andererseits den Unterzeichnern die Unverletzlichkeit von spezifisch schädlicher Behandlung, die nicht auf andere Staaten angewandt werde. Die Diskriminierung über die Anwendung wirtschaftlich schädlicher Maßnahmen werde daher mit dem Prinzip, daß wirtschaftliche Angriffe international als unzulässig gelten müssen. Wirtschaftlicher Angriff, gegen den der Pakt nicht richtet, sei: 1. Angriff auf einen Staat oder seine Wirtschaft durch gesetzgeberische oder verwaltungsmäßige Maßnahmen; 2. Angriff in Form einer Spezialbehandlung eines bestimmten Landes unter besonderen Umständen oder auf bestimmte Gebiete; 3. Angriff gegen einen Staat, die Erzeugnisse eines Bodens oder seiner Industrie, seiner Handelsmarine oder seiner Bürger in Einrichtungen, so weit sie in der Produktion beschäftigt sind. Die Meistbegünstigung werde in nichts durch den Pakt eingeschränkt, ebensowenig mögliche Maßnahmen zur Verteidigung der nationalen Produktion, soweit sie alle Länder betreffen und nicht nur gegen ein einzelnes Land gerichtet seien. Die Beseitigung des wirtschaftlichen Angriffs stelle eine notwendige Voraussetzung dar und die Ausschaltung einer wirtschaftlichen Krisenursache. Viele Delegierte hätten im Prinzip bereits im Mai den Ideen des Paktes zugestimmt, aber nicht, sie könnten ohne Rücksprache mit ihren Regierungen keine Stellung nehmen. Seitdem wären für Studium und Beratungen vier Monate verlossen. Deshalb sei zu hoffen, daß alle Regierungen jetzt endgültig die Stellung ihrer Regierungen darlegen könnten. Litwinoff schloß mit der Bereitschaft, alle Änderungen, die die Grundidee des Paktes nicht beseitigen, gerne anzunehmen.

Als erster Diskussionsredner begrüßte Grandi (Italien) den warmen Litwinoffs Vorschlag und erklärte die Bereitschaft der Regierung, dem Pakt mit einigen Modifikationen beizutreten. Boncet (Frankreich) erklärte dagegen, daß es unzulässig sei, jetzt schon eine endgültige Stellungnahme vorzunehmen. Es seien so viel ungelährte Fragen in dem Pakt, daß nichts dazu bestimmen könne, jetzt schon eine Entscheidung zu treffen. Ebenso betonten andere Redner die Schwierigkeiten, die aus der Verschiedenheit der Handels- und Wirtschaftssysteme, aus der Meistbegünstigungsklausel und aus Präferenzabkommen ergeben würden. Endlich machte Reichsaussenminister Aulius den Vermittlungsvorschlag, der oben gekennzeichnet und der auch angenommen wurde.

Die preussischen Lehrer danken Grimme

Wie er die Lehrergehälter verteidigt — Protest der Lehrer gegen den Schulabbau

Die Führer der preussischen Lehrerschaft, die angesichts der Gerüchte über eine besondere Herabsetzung der Lehrergehälter in Magdeburg zu einer Tagung zusammengetreten waren, richteten an den preussischen Kultusminister Grimme folgendes Dantelegramm: „Die aus allen Provinzen Preußens in Magdeburg versammelten Führer des Preussischen Lehrervereins anerkennen mit Hochachtung und Dankbarkeit Ihre entschiedene Haltung in der Abwehr jeglicher Sonderbehandlung der Volksschullehrer. Sie hoffen, daß es Ihnen auch weiter gelingt, die Interessen der Volksschule mit Erfolg zu wahren.“

Wie verlautet, hat der preussische Kultusminister Grimme für den Fall, daß den preussischen Lehrern hinsichtlich der Gehaltsfrage eine schlechtere Behandlung zuteil werden sollte als den übrigen Beamten, seine Demission in Aussicht gestellt.

In der Versammlung der Lehrerführer rief die Mitteilung seinen Protest hervor, daß die neuen Abbaupläne, die im Rahmen der Notmaßnahmen der preussischen Staatsregierung in der Schule durchgeführt werden dürften, nicht nur dem Schulministerium bearbeitet werden, sondern daß der Versuch gemacht wird, vom Finanzministerium aus die einzelnen Maßnahmen zu diktiert. Die Lehrer verlangten deshalb, daß die Sachkunde des Unterrichtsministeriums allein die Entscheidungen über das Wo und Wie der Sparmaßnahmen zu treffen. Die Volksschule, so wurde in den Beratungen weiter betont, sei bereits durch die wiederholten Abbaumaßnahmen in ihrem Bestande und in ihrer Arbeit geschwächt. Notwendig sei ein positives Aufbaue- und Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Bedeutung einer leistungsfähigen Schule als Grundlage für den notwendigen geistigen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes anerkenne und dem Niedergang der Volksschule Einhalt gebiete.

Major Babst beglückt Deutschland

Der arme Babst hat Geld zur Gründung von Hehlblätter

Der Putschist und abgehalfterte Führer der österreichischen Heimwehr, Major Babst, weilt seit mehreren Tagen in Berlin und steht im Begriff, sich in der Reichshauptstadt niederzulassen. Er hat gemeinsam mit Eugen Berghs Scherl-Verlag einen Literaturvertrieb gegründet, in den er 45.000 Mark eingebracht hat.

Was dieser Literaturvertrieb soll, ist bei dem Charakter und der politischen Einstellung seiner Gründer nicht schwer zu erraten. Man will die Not der Zeit zu einer neuen, unter neuem Namen geführten Hehlampagne ausnützen. Man will die Erregung des Volkes zur Steidethe steigern. Am Ende steht die Absicht des Putschers, für dessen Vorbereitung und Finanzierung Herr Babst angesichts der Vergangenheit in den Augen der Bevölkerung besonders geeignet erscheint. Aber mehr als das interessiert uns zunächst die Frage: Wo hat der arme Babst die 45.000 Mark her, die er in den Hehlverlag eingebracht hat? Es ist bekannt, daß er vor Monaten von italienischen Geldgebern für die Heimwehr rund 200.000 Mark in Raten erhalten hat. Eine klare Abrechnung über dieses Geld hat er nie gegeben, obwohl die österreichische Heimwehr wiederholt darauf dringende Abrechnungen gefordert hat. Lun sich hier etwas zusammenfassen auf?

Angeheiß der Rückkehr des Herrn Babst nach Berlin bleibt schließlich noch zu erwähnen, daß Hugenberg kürzlich einen neuen Anbiederungsversuch bei der Reichswehr gemacht hat. Darf man erfahren, ob der Besuch des Reichswehrlanziers bei dem in Urlaub befindlichen Chef der Heeresleitung in Wildbach, der anlässlich der kürzlichen Anwesenheit des Reichslanziers in Stuttgart vor sich ging mit Hugenbergs Anbiederungsversuch in Zusammenhang zu bringen ist?

Der Babst nach Berlin überfiedelte, hat er bei Hitler kein Glück versucht. Dort ist er abgeblitzt. Seine Landung bei Hugenberg ist ein neues Zeichen für die verzweifelte Lage der deutschen Nationalen Volkspartei. Sie hofft jetzt auf den Putschisten zunächst als Agitator und dann als Rebell. Das ist die letzte Phase zum endgültigen Banterotti einer einst großen Partei.

Dementi ausländischer Gerüchte

Amlich wird mitgeteilt:

In der französischen und niederländischen Presse sind Nachrichten erschienen über ein angebliches deutsches Artillerie-Depot in Holland, das von der Firma Blessing & Co. in Haag angelegt worden sein soll. Diese Veröffentlichungen werden vielfach als „Enttüllungen über deutsche Rüstungen“ verbreitet. Hierzu ist festzustellen, daß es sich keineswegs um „deutsche Rüstungen“ handelt. Mit der Firma Blessing & Co. oder irgend einer anderen, in dem Artikel genannten holländischen Firma hat das Reichswehrministerium nicht die geringsten Beziehungen.

Was braut die Reichsregierung zusammen?

Ueber die neuen Maßnahmen steht noch nichts fest — Kampf um die Hauszinssteuer

Wochenlang schwirrt es nun schon von Gerüchten über den Inhalt von neuen Notverordnungen. Da die schwere Krise der deutschen Kreditwirtschaft die Gefahr eines weiteren Anwachsens der Arbeitslosigkeit unter erhöhter Aufwendung von Reich, Ländern und Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosen erfordert, so ist es selbstverständlich, daß die Reichsregierung Pläne zur Milderung der Wirtschaftskrise und zur Linderung des schweren Loses der Arbeitslosen erwägt.

Der engere Ausschuss des Reichskabinetts, dem die Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms für den Winter obliegt, hat in den letzten Wochen erhebliche Vorarbeiten geleistet. Aber alle Vorschläge und Pläne befinden sich noch im Stadium der Erwägung. Wie dieses Programm im einzelnen aussehen wird, läßt sich deshalb gegenwärtig noch nicht sagen. Das gilt insbesondere von dem Schicksal der Hauszinssteuer. Zwar ist es richtig, daß sehr einflussreiche Kreise auf einen erheblichen Abbau der Hauszinssteuer hinarbeiten, teils lediglich zugunsten des Hausbesitzes, teils auch zu dem Zweck, die Mieten etwas zu senken. Andere Kreise, vor allen Dingen die Länder und Gemeinden aber wehren sich sehr entschieden gegen solche Absichten, weil sie die öffentlichen Finanzen außerordentlich schwächen und die Gehaltsbeträge nur noch vermehren würden. Die Absicht, den Ausfall infolge einer Milderung der Hauszinssteuer durch eine Er-

In Holland, wie überhaupt im Ausland befindet sich kein Geld, was für die deutsche Reichswehr bestimmt ist.

Nationale Führer — und Wortbruch

Hat man von Herrn Wendt etwas anderes erwartet?

Amlich wird mitgeteilt:

Der Festungsgefangene Hans Wendt, der am 22. dieses Monats von einem Stadtausschuss nicht in die Festung Gollnow zurückgeführt war, ist in der Nacht zum 31. dieses Monats kurz nach 1 Uhr wieder in Gollnow eingeliefert worden. Wendt ist — neben anderen disziplinarischen Maßnahmen — mit der dauernden Entziehung des Stadtauslaufs bestraft worden, weil er sich dieser Bestrafung unwürdig gezeigt hat; er hat das bei seiner Einlieferung ihm nach den Festungsbestimmungen abgenommene ausdrückliche Versprechen, daß er den Stadtauslaß nicht zur Flucht oder zu einer politischen Betätigung mißbrauchen werde, gebrochen. Wendt wird zur Weiterverbüßung seiner Festungshaft in eine andere Festungshausanstalt überführt werden.

Das ist der Dank der SPD.

Sie vergißt fleißige Arbeit mit Hinansmar!

Die kommunistische Bezirksleitung in Hamburg hat den hiesigen Kommunistenführer Timm, der während der vergangenen Jahre stets der Anführer bei den großen Krawallen gewesen ist, aus der Partei ausgeschlossen. Aus einem vertraulichen Rundschreiben der Bezirksleitung ergibt sich, daß Timm gegen die Personen der Bezirksleitung erhebliche Vorwürfe richtete und aus diesem Grunde seitig wurde. Die Folge von seinem Ausschuß ist ein völliges Durcheinander in der Neumünsteraner Gruppe. Die Bezirksleitung droht, jeden Hinansmarwerfer, der sich mit dem Austritt von Timm nicht einverstanden erklären sollte,

Erhöhung der Umsatzsteuer zu bedenken, begegnet ebenfalls starkem Widerstand, da eine solche Maßnahme alle Nachteile zu einer Preissteigerung zunichte machen würde. Wahrscheinlich wird eine neue Notverordnung der Reichsregierung auch die Maßnahmen über die Bankenaufsicht, eine dringend notwendige Aktienreform, sowie Maßnahmen enthalten, die die Hindernisse zur Preissteigerung durch Kartelle, Innungen usw. beseitigen sollen.

Am Dienstag wird der Reichslanzler die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion empfangen. Bei der Aussprache wird es sich um die bereits früher zugelagten Venderungen der alten Juni-Notverordnung, aber auch um die Maßnahmen handeln, die von der Regierung für die Zukunft beabsichtigt sind. Eine besondere Rolle werden dabei die so dringend notwendigen Schritte der Reichshilfe für die Gemeinden spielen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat wieder einen Antrag auf Einberufung des Reichstages gestellt. Da Reichstagspräsident Lohé zurzeit verreist ist, wird die Entscheidung über die Einberufung des Reichstages erst in einigen Tagen fallen. Die Sitzung des Reichstages dürfte wahrscheinlich Anfang der nächsten Woche stattfinden.

Auch Ihr geschicktester Freund kann eine Cigarette nicht so gut drehen, wie wir das fertigbringen. Halpau-Rarität kostet bei gleicher Qualität nur noch



Halpau

Rarität

Schon wieder eine „Reform“ der Arbeitslosenfürsorge

Verordnung der Unterstützung bei der Kurzarbeiterunterstützung

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat wieder eine neue Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützungen beschlossen, die nunmehr in ihrer amtlichen Fassung vorliegt. Das Entscheidende ist, daß die Unterstützung für die Kurzarbeiter eine Ergänzung zu den für sämtliche Arbeitslosen geltenden Unterstühtungsregeln ist. Im übrigen ist der Gesamtinhalt der Kurzarbeiter-Unterstützungsregeln neu gefaßt worden und dadurch auch für den einzelnen Arbeitslosen bzw. für den Kurzarbeiter leichter verständlich geworden. Das ist infolgedessen bedeutsam, als jedem einzelnen, der nach der neuen Verordnung einen Unterstühtungsanspruch hat, die Möglichkeit gegeben ist, sich von der ordnungsmäßigen Anwendung der Bestimmungen in seinem Einzelfall bzw. dem Einzelfall des Betriebes, zu dem er gehört, zu überzeugen.

Die neue Verordnung regelt zunächst die Voraussetzungen des Unterstühtungsanspruchs, nach der jeder Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes, in dem mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigt werden, aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung eine Kurzarbeiterunterstützung erhält, wenn in einer Kalenderwoche infolge Arbeitsmangels in seinem Betriebe drei, vier oder fünf Arbeitstage ausfallen. Die Höhe der Unterstühtung, die alsdann gezahlt wird, richtet sich einmal nach dem Arbeitsverdienst, den der Arbeitnehmer bei voller Arbeit haben würde, ferner nach der sozialen Seite nach der Zahl der Angehörigen, die zu ihm gehören und schließlich auch noch nach der Zahl der ausfallenden Arbeitstage. So erhält z. B. ein Arbeitnehmer, der allein steht und drei Ausfalltage in der Woche hat, eine Unterstühtung zwischen 1 Mark und 2,90 Mark wöchentlich, je nachdem wieviel er bei Vollarbeit verdient hat. Im Höchstfalle dagegen kann ein Kurzarbeiter, der fünf Ausfalltage in der Woche hat und der beispielsweise vier oder mehr zulagsberechtigten Angehörige zu ernähren hat, eine Unterstühtung zwischen 4,60 Mark und 21,30 Mark wöchentlich erhalten, ebenfalls nach der Höhe seines Vollverdienstes ohne eingetretene Kurzarbeit gestaffelt. Im Gegensatz zu den versicherungsmäßig voll unterstühteten Arbeitslosen gibt es eine Kategorie, das heißt eine Kategorie, in der keine Unterstühtung gezahlt wird, für den einzelnen Kurzarbeiter nicht. Die Unterstühtung beginnt in der nächsten Kalenderwoche, nachdem die Anzeige über die Kurzarbeit an das Arbeitsamt erfolgt ist.

Die neue Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützungen tritt mit dem 31. August in Kraft. Gleichzeitig sind alle bisherigen Vorschriften über die Kurzarbeiterunterstützung außer Kraft getreten.

Partei-Jubiläum in Potsdam

Genossen Grimme und Bogel sprechen

Anläßlich des vierzigjährigen Bestehens der Potsdamer Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei fand am Sonntag im Potsdamer Stadttheater ein Festakt statt, in dessen Verlauf der preussische Kultusminister über „Die Sozialdemokratie als Kulturbewegung“ sprach.

Der Redner sagte unter anderem: „Wer die geistige Kultur des Menschen will, muß dafür sorgen, daß dieses Geistige in Erscheinung treten kann. Wer will, daß der Mensch der Träger des Geistes ist, muß dafür sorgen, daß der Träger überhaupt leben kann. Marx und Engels proklamieren nicht die blinde Herrschaft der Materie, wie die Gegner behaupten, sondern wollen den Blick darauf lenken, daß im Mittelpunkt der Wirklichkeit nichts anderes stehen dürfe als der Mensch. Dieses sittliche Wollen steht nicht außerhalb der deutschen Geistes-Tradition, sondern bedeutet das große Erbe der deutschen Klasse.“

Die lebenden Organisationsformen des Parteibildungswesens pflegen diesen Kulturgeist und lenken den Blick immer wieder auf das ideale Ziel des Kampfes um die reale Macht. Mit ihrer Kulturgesinnung, die sie zum Lebensbestandteil machte, bringt die Sozialdemokratische Partei in den demokratischen Volksstaat eine wertvolle Mitgift hinein. Der alte Staat konnte in diesen Bildungskräften eine Gefahr sehen, der demokratische Staat muß diese Kräfte wie das Verantwortungsgesühl für die Gemeinschaft begreifen. Freilich ist zur allgemeinen Verwirklichung unserer Kulturgesinnung eine tiefgehende Veränderung des gesellschaftlichen Systems notwendig. Dieses hohe Ziel vor Augen, werden die Parteifreunde auch weiterhin innerhalb des Volkes eine Geistesgemeinschaft bilden.

Am Nachmittag sprach bei einer nachts von Tausenden besuchten Demonstration im Freien für den Parteivorstand Hans Bogel. Die Ansprache ergänzte aufs Glücklichste die Dar-

legungen Grimmes. Der Redner legte die Ursachen der wachsenden Wirtschaftskrise dar und forderte zu härtester Arbeit gegen den arbeiterfeindlichen Kapitalismus der Nationalisten. Nie habe das System des Kapitalismus, das in Krisis gerät und unterstüht werde, so sehr seine Unfähigkeit wiesen, wie gerade in diesen Tagen. Das dieses System fallenden nationalstaatlichen Romantik abgelöst werde durch ein besseres, das endlich Wirtschaftsglück und allgemeinen Frieden garantiere, sei Aufgabe und Arbeit aller Sozialisten. Das anschließende Volksfest war von bester Stimmung herrlichem Sonnenschein begünstigt.

Rückzahlung des englischen Kredits durch Österreich

Wien, 31. August. Die „Reichspost“ erfährt nun gut unterrichtet, daß die Nachrichten von der Kündigung des Kredits der Bank von England der Österreichischen Nationalbank eingeräumt hat, auf Richtigkeit hin festgestellt worden sei schon vor drei Wochen. Die Hebung von 28 Millionen Schilling an die Bank von England ist erfolgt. Der Schritt der Bank von England, jagt das Blau den hiesigen zuständigen Stellen kaum überraschend.

Verschärfung der Diktatur in Portugal

Die portugiesische Regierung hat angefangen sich in letzter Zeit häuften Aufstandsversuche bei zum Schutze der Diktatur scharfe Maßnahmen zu ergreifen. Die an dem letzten Aufstand beteiligten Personen sollen einer Kolonie deportiert werden. Die Militärs und Zivilbeamten, die ihre Pflicht gegenüber der Regierung nicht loyal erfüllen, sollen abgesetzt oder penaliert werden. In leitenden Stellen, die einen Einfluß auf den Reorganisationsplan der Regierung haben, sollen künftige Personen beschäftigt werden, die das absolute Vertrauen der Diktatur genießen. Die Zensur beabsichtigt man zu verjagen, um, wie es in einem amtlichen Communiqué heißt, „zu verhindern, daß die Presse das Publikum schlecht informiert“. Versammlungen politischer und sozialer Art, die eine der feindliche Atmosphäre schaffen könnten, werden künftig ebenso alle Zeitungen und Zeitschriften revolutionären Charakter die die öffentliche Ordnung stören könnten.

Sonntags-Anzeigen

Arb.-Rad- u. Kraftfahrerbund Solidarität
Ortsgruppe Breslau, Abt. Odortor
Am Sonnabend, dem 29. August, verstarb unser treues Mitglied, die Sportgenossin
Frau Emma Horn, geb. Primke
im Alter von 54 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Abstellungsveranstaltung.
Beerdigung: Mittwoch, 2. Sept., 16^{1/2} Uhr, v. d. Halle d. Pohlswitzer Friedh. Trauerhaus Waterloostr. 14.

Zurückgekehrt

Dr. Ella May
3257 Alsenstraße 36.

GEBÜRTERS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS-TODES- ANZEIGEN
Liefen schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
Fluststraße 6/8.

Wie der Weltkrieg entstand.
Das offizielle Mitteilungsblatt und die Randbemerkungen des Kaisers
180 Seiten Preis nur 20 Pf.
Volkswacht - Buchhandlung.

Schon wieder Glück bei Arndt!

Am 22. August fiel der Dritte Hauptgewinn der Großen Roten Kreuz-Geld-Lotterie auf Nr. 745140 bei die Arndt-Rückzahl!
Nächste Ziehung!
17. bis 23. September 1931

Volkswacht-Lotterie

Alle Gewinne 90% bar garantiert!

45000 Gewinne und 2 Prämien von 2000
Hauptgewinn auf 430 000
2. Hauptgewinn auf 150 000
3. Hauptgewinn auf 75 000
4. Hauptgewinn auf 100 000
5. Hauptgewinn auf 50 000
6. Hauptgewinn auf 50 000
7. Hauptgewinn auf 40 000
8. Hauptgewinn auf 20 000
9. Hauptgewinn auf 20 000
10. Hauptgewinn auf 20 000
11. Hauptgewinn auf 20 000
12. Hauptgewinn auf 20 000
13. Hauptgewinn auf 20 000
14. Hauptgewinn auf 20 000
15. Hauptgewinn auf 20 000
16. Hauptgewinn auf 20 000
17. Hauptgewinn auf 20 000
18. Hauptgewinn auf 20 000
19. Hauptgewinn auf 20 000
20. Hauptgewinn auf 20 000

Geldstrafe auf 5 Lose sortiert 5 RM
Geldstrafe auf 10 Lose sortiert 10 RM

Posto und Gewinnliste 35 Pf.
Versand nach gegen Nachnahme
Arndt
Postfach 100
Breslau
674 65

STADTHEATER

Eröffnung der Spielzeit 1931/32

Dienstag, 28 bis 22.45 Uhr
Abonnements-Vorstellung A 1
In vollständ. Neuinszenierung
Othello

Mittwoch, 29 bis 24 Uhr
Abonnements-Vorstellung B 1
In vollständ. Neuinszenierung
Don Giovanni

Donnerstag, 30 bis 22.45 Uhr
Abonnements-Vorstellung D 1
In vollständ. Neuinszenierung
Der Bettelstudent

Circus Busch

Schaubühne / Rd 291 35
Heute Dienstag ringen:
Herausforderungskampf im freien Stil
Türkische Art
Kley - Saliman

Erzähler - Bäcklein
Entscheidung: Gronovic - Kramis
Entscheidung: Olsowski - Reiber
Entscheidung: Stromski - Frank

Zurückgekehrt
Dr. Kaliski

Zurückgekehrt
Dr. Th. Rosenthal
Frauenarzt
Tawentzstraße 55.

Pfänder-Auktion
Freitag, den 18. September
8 Uhr bis 11 Uhr
Leihhaus C. Keller
Hirschgasse 78

In bekannter Güte
Blau Arbeit-Anzüge
Jacken
schräg u. gerade
Kessell-Anzüge
Säure-Anzüge
in nur 10 Qualitäten
Arker Bekleidungs

Urania

12 Monatshefte mit 4 Bänden
Der Postfachbesitzer
Kosmos
20 Hefen mit 4 Bänden
1 Bändchen u. 4 Bändchen

Das Haus der billigen Preise.

Extra-Verkauf

geht weiter

In der großen
Konfektions-Etage
gute, billige
Bekleidung
für Damen, Herren und Kinder.

Lebensbilder
— erzählt von Willy Cohn —
Wilhelm Liebknecht
Mit 56 Bildern 50 Pfennige
Volkswacht-Buchhandlung

WAPPENHOF

Heute Dienstag ab 4 Uhr
Première
des 1. September-Programms!

Programm vom 1. bis 8. September:
Gaspiel des Dresdener Burlesken-Ensemble (Fred Kaiser) „Wenn Männer schwindeln“ (zum ersten Mal in Breslau).
2 Hartons Der Gipfel der Wahrscheinlichkeit u. Komik
Exquisite-Girls vom Wintergarten Berlin
1. Leuchtende Blumen und Schmetterlinge
2. Akrobatische Ballettschule
Merleide, vom Wintergarten Berlin
Großer amerikanischer Illustations-Akt
Grete Fischer, Operetten-Sängerin; Fritz Sylvaré, der bekannte Imitator-Darsteller
eigener u. komischer Fräulein; Gustav U. mit seinem dressierten Pferd „Grasmus“;
Rudo Rudi, der neckische Pianist;
Henriques Thiers, Bandonten-Virtuose.

Ab 8 Uhr: **Gr. Ball** 2 Kapellen
Ab 8.35 Uhr: **Das sensationelle 1. Sept.-Programm**
Eintritt: Nachmittags 30 Pf., abends 50 Pf.

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute Dienstag **Verkehrter Ball**

Erstes Herren-Frisör-Geschäft

Bischofswalde Grottelweg 31
bringt seine Dienste der geschätzten Einwohner-schaft in empfehlende Erinnerung.
Bubikopf- und Kinder-Haarschnitte
werden sorgfältig und sachgemäß von tüchtigen 32-3 Arbeitkräften ausgeführt.
Max Thümmel sen.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen. Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffend. Volkes. Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Ein Irrtum

ist es, wenn Sie annehmen, die kleine Anzeige habe nur in d. bürgerlichen oder sogenannten General-Anzeiger-Presse Erfolg.
257 Offerten gingen im April 1931 auf eine kleine Anzeige
in der **Volkswacht** ein. Deshalb inserieren auch Sie in der Volkswacht. Es ist **Ihr Vorteil!**

Arbeitsmarkt

Achtung!
Sichere Existenz im Hause!
Gesucht
werden ehrliche Personen zwecks Errichtung einer
Maschinen-Heimstickerei.
Geboten wird laufende Beschäftigung für uns zu hohen Preisen. Kein Risiko u. keine Vorkenntnisse erforderlich. Verlangen Sie sofort unverbindlich Auskunft.
Fr. J. Kersitan & Co.
Berlin-Halensee 93

Extr.-Angebote

Bett-Feder

Weißer Halbdaunen per Pfd. 5.50
Weißer Daunen per Pfund

Betten-Diener

Neudorfstr. 54

Derbbetten
1 Oberbett, 1 Unterbett, fassen mit grauen aufammen 13.50
Friedländer, Sonne

Leihhaus
Parteilos
kauft an Bahnhöfen verlangt in Hotel Restaurants, Cafés die
Volkswacht

Tausche

an. Stube, hell, 21.21 Friedensstraße, in Kabinett u. Entree, d. d. u. B. 92 a. d. Markt d. Volkswacht, Rathhaus

Beruf

Bildschöner Topf 200 x 300, nur 12.50
Friedländer, Sonne

Nußbaumsch

160 breit, mit 21 äußere preiswert
Tischlerei Fürstenstr.

Kleiner Anzeiger

findet man bei Gelegenheit
wartige Anzeigen
kaufen Kaufgeschäften
nur von Freunden
3. Wertigkeit, sehr 4. Wertigkeit

Motorrad, 200 cm, gutem Zustand, verkauft
Gustav Schiller, T. Leutenhagenstr. 70.

1 transportabl. Rad
1 Sofa, 1 Kuhhaut
Eidenschaft, Stühle
billig Krebsch, Gebild

Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. Main

Reichsminister Stegerwald über die Ansichten der Regierung - Programmatische Rede Theodor Leiparts

Frankfurt a. M., 31. August. (Eigener Drahtbericht.)

Der Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Montag durch einen würdigen Auftakt eröffnet. Der Andrang zum Kongress ist überaus stark - ein Zeichen, daß die breite Öffentlichkeit höchstem Interesse begegnet. Neben den Delegierten sind zahlreiche Gäste erschienen; darunter Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald.

Theodor Leipart

Der Kongress mit einem Begrüßungswort, in dem er insbesondere Nachdruck auf den Ernst der Stunde hinwies, in die freien Gewerkschaften zusammengefaßt haben, um der Arbeiterbewegung aus der Not dieser Tage herauszuhelfen. Einem historischen Rückblick auf die erste Tagung der freien Gewerkschaften in Frankfurt a. M. und auf die Bedeutung der Tagung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung schloß Theodor Leipart die Aufgaben des Kongresses: die Lösung der Wirtschaftsnote und in erster Linie die Not der Arbeiterbewegung. Er muß die Ursachen unserer

mit der Regierung und den Unternehmern ein ernstes Wort sprechen.

Reichsminister war durchaus im Recht, als er den Führern der Arbeiterbewegung ins Gewissen redete und sie ermahnte, endlich in sich zu gehen. Wir hatten bisher keinen Einfluß auf die Wirtschaftsführung, und deshalb lehnen wir auch die Verantwortung für die furchtbaren Zustände, unter denen gegenwärtig der Volk leidet, ab. Aber für die Zukunft des deutschen Volkes und vor allem der deutschen Arbeiter fühlen wir uns verantwortlich, und deshalb betonen wir hier in Frankfurt in dieser Stunde: so wie bisher kann es nicht länger fortgehen! Innen- und außenpolitisch müssen entscheidende Schritte zur Beseitigung der Not unternommen werden. Europa kann nicht mehr, wie es jetzt ist, bestehen. Vor allem müssen Deutschland und England, die beide am schlimmsten von der Krise betroffen sind, versuchen, einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun. Die deutschen Gewerkschaften müssen unter Führung des internationalen Gewerkschaftsbundes zu einer befreienden Tat vorstößen. Die internationale Welt aber muß nun wirklich bald erkennen, daß sie nicht das Glück der Völker bis in alle Ewigkeit mit sich führen kann. Der frevelhafte Glaube, daß die Arbeiter sich alles selbst leisten lassen, muß sich eines Tages wieder rächen. Die Krise der Welt und der Weltmächte aber sollen nicht vergessen, daß die freie Arbeiterbewegung zu kämpfen und zu stehen versteht.

Die Eröffnungsworte Leiparts machten auf den Kongress einen tiefen Eindruck. Sie wurden wiederholt von Beifall unterbrochen. Theodor Leipart begrüßte die Teilnehmer des Kongresses mit viel Humor und Herzlichkeit. Er empfing die Delegierten der freien Gewerkschaften von Frankfurt den Kongress mit viel Humor und Herzlichkeit. Er empfing die Delegierten der freien Gewerkschaften von Frankfurt den Kongress mit viel Humor und Herzlichkeit.

Reichsarbeitsminister Stegerwald

Die ersten Ausführungen zu den Forderungen der Gewerkschaften Stellung. Er bemühte sich, nachzuweisen, daß die Regierung infolge der ungeheuren Schwierigkeiten auch beim Willen eine unpopuläre Politik machen müsse. Ihre ersten Aufgaben seien die Befriedung Europas und die Rettung des demokratischen Staates. Unter anderem führte Stegerwald

Die erste Aufgabe der nächsten Wochen und Monate besteht darin, wie bei knapper Geld- und Devisenlage die Wirtschaft erhalten und ihr wenn auch nur ein langsamer Antriebsimpuls gegeben werden kann. Ich bin der festen Überzeugung - und ich hoffe, daß meine Erklärungen die Gewerkschaften aller Richtungen übereinstimmen - daß das, was in den letzten Jahren an der deutschen Wirtschaft auf den verschiedensten Gebieten geschehen ist, von ihr gar nicht geleistet werden konnte. Die Gewerkschaften haben versucht, die deutschen politischen Entscheidungen zu kommerzialisieren, sie in privatwirtschaftliche Angelegenheiten umzuwandeln und sie dann in das privatwirtschaftliche System der Welt einzubauen, was sich nunmehr als unmöglich und undurchführbar herausgestellt hat. Durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen sind uns während hundert bis hundertfünfzig Milliarden vernichtet worden entzogen worden. Die deutsche Wirtschaft sollte mehrere Milliarden überschüssiger Zinsen herauswirtschaften, sehr hohe Steuern aufbringen, einen stark ausgeblähten Verwaltungsapparat in der öffentlichen und in der Privatwirtschaft unterhalten; es haben sich teilweise chaotische Zustände in Gütern, Verteilungsapparat herausgebildet, es sollten anhängende Löhne bezahlt und hohe Beiträge zur Sozialversicherung aufgebracht werden. Das alles zusammen konnte keine Wirtschaft leisten. Gegenwärtig stehen in der deutschen privaten und öffentlichen Wirtschaft rund

90 Milliarden Mark lang- und kurzfristige Kredite,

welche in den letzten Jahren etwa mit 3 bis 4 Prozent höher verzinst werden mußten, als in anderen mit Deutschland vergleichbaren Ländern. 1 Prozent Zinsen von 90 Milliarden Kredite sind 900 Millionen Mark, d. h. die deutsche Wirtschaft hatte in den letzten Jahren neben 2 Milliarden Mark Reparationen noch an 900 Milliarden Mark überschüssige Zinsen aufzubringen. Dieser Betrag stellt mehr als 10 Prozent der Löhne und Gehälter dar, die gegenwärtig in der deutschen Privatwirtschaft bezahlt werden. Dazu kommt ein ungeheuer ausgeblähter Verwaltungsapparat im Staat und Wirtschaft. Und in der Privatwirtschaft ist es nicht anders. Ich kenne eine Anzahl industrieller Großbetriebe, deren Gehaltskonto für die Angestellten sehr viel höher ist als das Lohnkonto derer, die in der Produktion tätig sind. In Notzeiten, wie sie die Gegenwart und die nächste Zukunft darstellen, sind Gehälter von 300 000 Mark und mehr ein großes Volksvergnügen

und zeugen von einer unverantwortlichen Einstellung. Auch in dem Verteilungsapparat der Privatwirtschaft herrscht noch auf diesen Gebieten ein großes Chaos.

Neben der Sozialversicherung ist noch immer das Schicksal der Arbeiter in der Wirtschaft ein Problem. Wenn ich aber recht habe, ist man heute in dieser Frage nicht mehr ganz so weit auseinander, wie noch im letzten Jahre. Ein Verzicht auf die staatliche Schlichtung scheint mir ausgeschlossen. Wir bedürfen einer nicht nur zur Verhütung vermeidbarer Arbeitskämpfe, sondern auch zur Stützung unserer kollektiven Arbeitsverfassung, an der ich nach wie vor entschieden halte. Ich kann mir auch nicht denken, daß der Staat in Zeiten, in denen sich seine ordnende Hand auf allen Gebieten der Wirtschafts- und Finanzpolitik immer mehr als notwendig

erweist, auf die Möglichkeit einer eigenen (sozialpolitischen) Beteiligung verzichten könnte. Gerade in Krisenzeiten, wie wir sie jetzt durchleben, scheint mir ein

Kaustischer Schatz der Lohn- und Gehaltsempfänger nach wie vor unentbehrlich.

Sehr ungünstig steht es gegenwärtig um die gesetzliche Sozialversicherung. Ich rechne damit, daß sie im Jahre 1932 ohne die

Arbeitslosenversicherung rund 1 bis 1½ Milliarden Mark weniger Einnahmen

haben wird als im Jahre 1929. Nun betragen schon jetzt die Beiträge zur Sozialversicherung 18 Prozent des Grundlohnes. Dazu kommen noch für die nächsten 1½ Jahre 2 Prozent Krisensteuer. Ob mit den bisherigen Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und mit der jetzt geltenden Krisensteuer trotz größter Sparanstrengungen die Arbeitslosen über den nächsten Winter hinübergebracht werden können, ist noch zweifelhaft. Wenn aber schon jetzt 20 Prozent des Grundlohnes an Beiträgen zur Sozialversicherung und zur Krisensteuer erhoben werden, wenn die Steuerquellen des Reiches, der Länder und Gemeinden im Hinblick auf Deutschlands Gesamtanlage fast alle bis auf den letzten Grund ausgeschöpft sind, wenn wir mit einer Deflations- oder Redeflationspolitik mit allen ihren wirtschafts- und preispolitischen Folgen nicht herumkommen, da mehrere der Sorgen des Arbeitsministers um die gesetzliche Sozialversicherung um die Fragen: „Wie sollen die 4 Milliarden Mark, die die alte Sozialversicherung jährlich kostet, wie sollen weiterhin die 3½ Milliarden Mark, die notwendig sind zur Erhaltung der Arbeitslosen, aufgebracht werden?“

Sie sind mit Recht stolz auf Ihre Organisationen, Ihre Jahreserträge und Leistungen. Es gibt kaum eine andere Organisation der Welt, die auf ein ähnliches Werk zurückblicken kann.

Der deutsche Arbeitsminister aber soll für die gesamte Sozialversicherung etwa dreifach soviel Mittel beschaffen, als die Jahreserträge aller ihrer Verbände ausmachen. Und dennoch: Solange die gegenwärtige Regierung am Ruder ist, wird einmal für die Arbeitslosen das denkbar Mögliche geschehen und wird weiterhin bestimmt der Kern der deutschen Sozialversicherung erhalten werden. Sondern prozentig freilich kann nicht all das, was in den letzten Jahrzehnten geschaffen worden ist, über die größte Krise eines Jahrhunderts hinweggerettet werden. Aber das kann ich Ihnen sagen, daß nachdrücklich versucht werden wird, den Kern und einen so hohen Prozentsatz, wie nur irgend möglich, zu erhalten. In der Arbeitszeitfrage ist mir bekannt, daß Ihre Bewegung

mit der Haltung des Arbeitsministeriums nicht zufrieden

ist. Und trotzdem kann ich Ihnen eine Änderung auf der ganzen Linie nicht in Aussicht stellen. Die Arbeitszeitfrage ist bei Deutschlands Gesamtanlage nicht bloß eine sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Angelegenheit, sie greift auch tief in den deutschen Wirtschafts- und Aufbau ein. Deutschland wird im Hinblick auf seine Gold- und Devisenlage seine Ausfuhr stärker forcieren müssen. Die 40-Stunden-Arbeitswoche bedeutet aber für eine Reihe von Gewerben, Industrien und Betrieben eine immerhin ins Gewicht fallende Erhöhung der Selbstkosten und damit eine Erschwerung der Ausfuhr. Andererseits gibt es sicher auch zahlreiche Fälle, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Beeinträchtigung oder doch ohne wesentliche Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit möglich ist und in denen die alte Arbeitszeit mehr aus einer zwar begreiflichen, aber heute nicht mehr möglichen Gewohnheit festgehalten wird. Hier muß sich endlich die notwendige Rücksichtnahme auf die Arbeitsmarktlage durchsetzen und Sie dürfen überzeugt sein, daß alles geschehen wird, um die nötige Umstellung zu fördern und zu beschleunigen. Und damit komme ich zu der Frage:

Wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter?

Gegenwärtig werden weitgehende Vermutungen ausgesprochen über den demnächstigen Umfang der deutschen Arbeitslosigkeit. Zuverlässige Ziffern zu nennen, aber ist sehr schwer. Ich rechne damit, daß wir in den nächsten sieben Monaten, vom 1. September 1931 bis 31. März 1932 durch Arbeitslosenversicherung, Reich und Gemeinden an

zwei Milliarden Mark für die Arbeitslosen

werden aufbringen müssen. Im Hinblick auf unsere Geld- und Devisenverknappung und im Hinblick auf den dadurch bedingten geringen Zahlungsmittelverkehr im Innern werden in den nächsten Wochen alle Mittel angewandt werden müssen, um einmal die Arbeitslosigkeit auf den denkbar niedrigsten Stand herabzudrücken und um die Arbeitslosen selbst mit dem verfügbaren Geldaufwand ausweisend im nächsten Winter zu versorgen. Es wird bei solcher Sachlage vornehmlich zu prüfen sein:

1. Inwiefern Arbeitszeitverkürzungen ohne starke Gefährdung der Ausfuhr durchgeführt werden können;
2. Inwiefern periodische Auswechslungen einzelner Belegschaften - lieber mit Arbeitslosen möglich sind, um die Last der Arbeitslosigkeit gleichmäßiger zu verteilen, ohne daß dadurch allerdings die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gefährdet oder eine Vermehrung der Kosten der Arbeitslosenversicherung herbeigeführt werden dürfte;
3. Inwiefern eine noch stärkere Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen möglich ist;
4. Ob in den größeren Städten Volkshäuser eingerichtet sind;
5. Inwiefern eine Naturalverpflegung zur Einführung gelangen kann.

In Zahlen ausgedrückt, stehen wir vor folgender Situation: Ich sage, daß ich in den sieben Herbst- und Wintermonaten mit einem Aufwand von etwa zwei Milliarden Mark für die Arbeitslosen rechne. Davon dürften ungefähr 500 Millionen Mark an Wägen veranschlagt und die restlichen 1500 Millionen Mark dürften zu 80 Prozent für Lebensmittel und Kohlen benötigt werden. Gegenwärtig steht die Sache so, daß der letzte Verbraucher häufig

doppelt so viel für Lebensmittel bezahlt, als der Erzeuger erhält. Diese Praxis kann im nächsten Winter gegenüber den Arbeitslosen nicht durchgehalten werden. Die Städte werden in Verbindung mit den Konsumvereinen und dem Einzelhandel Vorkehrungen treffen müssen, wonach

für die Arbeitslosen die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu wesentlich verbilligten Preisen

erhältlich sind. Wir haben in diesem Jahre im allgemeinen eine gute Ernte hinter uns und volle Scheunen. In solcher Situation wäre es nicht zu verantworten, wenn unsere arbeitslosen Volksgenossen wegen der unzulänglichen Mobilisierung dieser Waren infolge der deutschen Geld- und Devisenlage und des daraus resultierenden geringen Zahlungsmittelverkehrs hungern müßten. Die

Gewerkschaftsmitglieder sind keine Klein- und Jammermenschen. Eine außerordentliche Notlage erfordert außerordentliche Mittel. Das deutsche Volk müßte sich hüten, wenn es sich nicht die Kraft zur Bewältigung des nächsten Winters zutraute, und damit seine ganze Zukunft aufs Spiel setzte. Wir haben schon schlimmere Zeiten überstanden als den bevorstehenden Winter; es braucht nur an den Rohrlübener Winter von 1918/17 und an die Hochinflation vom Jahre 1923 erinnert zu werden.

Es ist selbstverständlich, daß Ihre Tagung ausprechen und beschließen wird, was die hinter Ihnen stehenden Massen bewegt. Daneben möchte ich namens der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung, deren hier anwesende Vertreter mich darum gebeten haben, auch ihre Grüße und Wünsche zu überbringen, den Wunsch auszusprechen, daß der Verlauf Ihrer Tagung sich auch günstig für das Gesamtwohl von Volk und Vaterland auswirken möge. In diesem Sinne Glückauf für Ihre Arbeit!

Leipart dankte dem Reichsarbeitsminister für seine Rede: „Daß die Gewerkschaften mehr verlangen als die Regierung bewilligen kann, ist vielleicht richtig. Ich hatte erwartet, daß der Minister uns in der Frage der 40-Stunden-Woche eine freundliche Ueberraschung bringen würde. Ich glaube, daß der Minister wenigstens für einen Industriezweig die Durchführung versichern könne. (Widerspruch Stegerwalds.)

Wir wünschen einen Arbeitsminister, der nicht zurückweicht, sondern mutig vorwärts schreitet.

Jedenfalls danken wir dem Minister dafür, daß er versprochen hat, den Gedanken der Opfergemeinschaft endlich zur Tat werden zu lassen. Wir sind bereit, den Minister auf diesem Wege zu unterstützen. Wir bitten ihn, stark zu bleiben und uns nicht im Stich zu lassen.“

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Schevenels, überbrachte die Brudergrüße der freien organisierten Arbeiterbewegung der Welt. Die Krise, so betonte er, ist hauptsächlich eine Vertrauenskrise. Es fehlt nicht an Kapital, an Kohlen und Arbeitskräften, es fehlt nur an Vertrauen. Die Kapitalisten haben künstlich die Lage verschärft durch nationale und internationale Unterdrückung des Falschismus. Sie wollen weitere Lohnfälligkeiten. Das bedeutet nur weitere Störung der Produktion, weitere Störung des Vertrauens. Auch auf die belgische und französische Arbeiterbewegung drückt die Schuldenlast, die die Kriegsverbrecher ihr auferlegt haben. Nur schamloser Zynismus kann dem Sozialismus die Schuld an der Krise geben.

Nicht nur die internationalen Schulden müssen getilgt werden, sondern auch die Kriegsschulden im eigenen Lande.

Die Mitteilung Schevenels, daß Swapinski in Frankfurt nicht erscheinen konnte, weil die tschechische politische Regierung ihm die Teilnahme am dem Kongress verweigerte, wurde mit stürmischen Pfui-Rufen beantwortet.

Großmann beantwortete den Gruß der Gewerkschaften internationale mit dem Wort: „Wir lieben vereint, wir kämpfen vereint, wir haben alle nur einen Feind und dieser ist nur der Kapitalismus.“

Die Grüße des Internationalen Arbeitsamtes überbrachte Direktor Donau-Berlin. Er teilte mit, daß Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, von Genf nicht abkommen könne, weil gerade in diesen Tagen im Europa-Ausschuß ein entscheidender Kampf um die Pläne des Arbeitsamtes zur Durchführung einer internationalen Arbeitsbeschaffung ausgefochten werde. Thomas würde es begrüßen, wenn der Kongress eine Entschließung annähme für die Unterstützung der Arbeitsbeschaffungspläne des Genfer Arbeitsamtes und zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Thomas grüßte die deutschen Gewerkschaften als eine Haupttriebkraft für die internationale Verständigung und das Internationale Arbeitsamt, danke für die lebhafteste Unterstützung durch die deutschen Gewerkschaften.

Leipart antwortete, Thomas' Arbeitsbeschaffungspläne seien eine sehr ernste, bedeutungsvolle Angelegenheit, aber bis die Regierungen sich international verständigten, werde wohl noch viel Wasser den Main hinunterfließen. Dem Kongress werde jedenfalls eine Entschließung vorgelegt werden, in der die internationale Arbeitsbeschaffung als möglich und nötig empfohlen werde. Die Entschließung werde einen Appell an die Reichsregierung richten, Thomas' Pläne mit aller Kraft zu unterstützen.

Der Vorsitzende des Asa-Bundes Haushälter überbrachte den kameradschaftlichen Gruß der freien Angestellten. „Wir sind mit Leipart der Auffassung, daß jetzt nicht Zeit ist Illusionen zu wecken. Wir können den Sozialismus nicht auf dem Präsentierteller herbeischaffen, wohl aber ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Konsequenzen aus dem Bankrott der sogenannten Wirtschaftsleiter gezogen werden müssen. Der Einbau gemeinwirtschaftlicher Gedanken in die Wirtschaft ist aktuell und brennend geworden. Die Wirtschaft muß Objekt staatlicher Kontrolle und staatlichen Wirkens werden. Bei diesem Kampf wird der Asa-Bund an der Seite der Arbeiterbewegung seine volle Pflicht tun. Der Frankfurter Gewerkschaftskongress und der Asa-Kongress, der in einem Monat in Leipzig stattfindet, müssen dem gemeinwirtschaftlichen Gedanken den Weg bahnen und den Arbeitslosen wie der gesamten Arbeiterbewegung die Gewißheit geben, daß sie in ihrer schweren Not auf die Gewerkschaften rechnen können.“

Die Grüße des freigewerkschaftlichen Beamtenbundes überbrachte Albert Falkenberg von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Er warnte die Regierung sehr eindringlich, den Bogen zu überspannen; denn die Radikalisierung der Beamenschaft, die man bei dem Abbau der Gehälter gar nicht erst frage, sondern einfach vergewaltige, mache reichend Fortschritte. Man müsse die Menschen doch leben lassen. Die Radikalisierung habe nur eine erfreuliche Seite: sie mache den Weg frei zu einem starken Zusammenwirken zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern. Nicht stehen bleiben, weitermarschieren! Mit diesem Appell rufe er dem Kongress ein herzliches Glückauf zu. Der Reigen der Begrüßungsansprachen wurde abgeschlossen von Härtlein-Hamburg, dem Vertreter der deutschen Konsumvereine, und Dr. Bahem, dem Direktor der Arbeiterschaft, der für die wirtschaftlichen Eigenbetriebe der Gewerkschaften sprach und darauf hinwies, daß vor allem die geldwirtschaftlichen Betriebe der freien Gewerkschaften sich in der Krise gut gehalten haben.

Die Kongressleitung liegt in den Händen Leiparts, dem Vorsitzenden, Brandes, dem Vorstand des Metallarbeiter-Berbandes, und Schumann, dem Führer des Gesamtverbandes. Im Anschluß an die Konstituierung des Büros

erhielt Leipart den Geschäftsbericht

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Mit der Verschärfung der Arbeitslosigkeit begannen die Arbeiter mit einem allgemeinen Angriff auf die Löhne. Das Gesamtergebnis

der Lohnlöhne der letzten Jahre läßt sich doch zusammenfassen in den Jahren 1928 und 1929 gelang es den Gewerkschaften, die Löhne etwa um 13 Prozent zu verbessern; im Jahre 1930 wurden die Tariflöhne um etwa 6 Prozent gekürzt. Gegenwärtig stehen die effektiven Stundenlöhne ungefähr auf demselben Höhe wie im Jahre 1928; die Wochenlöhne der Beschäftigten sind aber infolge der verkürzten Arbeitszeit sinkend.

Die Arbeitgeber versuchen die Lohnpolitik der Gewerkschaften für die Not verantwortlich zu machen. Sie legen von 1925 bis 1929 habe sich die Summe der Löhne und Gehälter um den Betrag von 10 Milliarden Mark erhöht. Tatsächlich ergibt sich unter Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten der Wirtschaft ein Betrag von etwa 4 1/2 Milliarden Mark, was eine Steigerung von etwa 16 Prozent bedeutet. War eine solche Steigerung übermäßig und wirtschaftlich untragbar? Das Ergebnis des Wiederaufbaues der Industrie nach der Stabilisierung ist eine

Steigerung der Produktivität der Arbeit um 25 bis 30 Prozent, während die Steigerung der Reallohn nur auf 16 Prozent beschränkt.

Wenn das Gleichgewicht der Wirtschaft von der Lohnseite her gestört wurde, dann nur, weil die Kaufkraft der Volksmassen weit hinter der Produktivität der Arbeit zurückblieb. Ich will mit diesen Feststellungen die Bedeutung der tatsächlich erreichten Lohnsteigerungen nicht herabsetzen. Im Gegenteil: ich betone, daß dank dem System der Tarifverträge und dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften im Jahre 1930 der deutsche Binnenmarkt nicht so ausgehöhlt wurde, wie das der Fall gewesen wäre, wenn die Arbeitgeber die Löhne nach ihrem Wunsch hätten festsetzen können.

Die Reichsregierung kam den Unternehmern zu Hilfe, indem sie die Parole der allgemeinen Lohnsenkung in ihr eigenes Regierungsprogramm aufnahm. Das ist der schwerste Vorwurf, den wir der jetzigen Reichsregierung machen müssen.

Einmal, weil dieser Eingriff in das Machtverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sich in der ungerechtesten Weise einseitig gegen die Arbeiter richtete, zum anderen weil er, statt der Wirtschaft zu dienen, die Krise ganz erheblich verschärfte und die Arbeitslosigkeit in hohem Maße vermehrte hat. Es ist nur ein schlechter Trost, wenn ich glaube sagen zu können, daß der Herr Reichskanzler anscheinend den Fehler seiner Politik in diesem Punkt eingesehen hat. Der Kanzler hat auf der Tagung der Bankiers der Unternehmern noch einmal eindringlich ins Gewissen geredet und ihnen zugeredet, sich ihrer vollen Verantwortung bemußt zu werden. Darin liegt ein schwerer Vorwurf gegen die sogenannten Wirtschaftsführer, der leider nur zu berechtigt ist.

Das tiefe Gefühl der Verantwortung für die Allgemeinheit, auch für das Schicksal der Arbeiterschaft haben wir nicht erst jetzt, sondern dauernd bei der großen Mehrheit des Unternehmertums vermißt.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung war den Gewerkschaften nicht günstig. Ihre Vorschläge stehen allzu häufig auf taube Ohren. Wie weit die Richtschnur, ja die Richtung gewerkschaftlicher Wünsche ging, zeigt folgendes Beispiel: der Gedanke, die öffentliche Rechnungslegung wirtschaftlicher Unternehmungen auszudehnen und durch staatlich anerkannte Wirtschaftsprüfer kontrollieren zu lassen, verdankt seine Verbreitung, wenn nicht gar seine Entstehung unserer alten Forderung nach Offenlegung und Durchsichtung der Wirtschaft. Während man aber mit Worten an unsere Einheit und unsere Mitarbeit nicht genug appellieren kann, ist man in der Praxis einer Mitwirkung der Gewerkschaften durchaus abgeneigt.

Unbeachtet sind auch unsere Ansprüche geblieben, an den Verhandlungen über den Youngplan an maßgebender Stelle beteiligt zu werden. Noch erfolgreicher waren unsere Bemühungen an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik in den letzten Monaten tätig mitzuwirken. Wir haben öffentlich über die Verhältnisse berichtet, auf den Reichspräsidenten und den Reichskanzler eingewirkt.

Man hat uns zwar empfangen und unsere Darlegungen höflich angehört und geantwortet, aber man hat sonst nicht daran gedacht, was zu den zahlreichen Beratungen hinzuzuziehen, zu denen die Vertreter anderer Wirtschaftskreise häufig gebeten worden sind.

Anscheinend glaubt die Regierung, auf die Dauer einen der wichtigsten und bodenständigsten Teile des deutschen Volkes von der Verantwortung am Wohl und Wehe Deutschlands ausschalten zu können. Ja, es scheint tatsächlich so, als ob die Regierung ohne und gegen die Arbeiterschaft zu regieren gedenkt.

Wenn wir den Ablauf der letzten drei Jahre unter diesem Gesichtspunkt überprüfen, müssen wir — bei aller objektiven Beurteilung — zu der Anklage kommen, daß die Lasten der Wirtschaft um so härter auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt wurden, je näher wir uns dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise genähert haben. Es genügt, an die Verschlechterungen der Sozialversicherung, den Lohnabbau und das Dreiklassenverhältnis der Klassenkassen zu erinnern. Auf der anderen Seite sehen wir eine Fülle von direkten und indirekten Geld- und Kreditsubventionen, Subventionen und Vergleichen, die sich auf die übrigen Wirtschaftskreise ergoß. Professor Bonn schätzt die Beiträge, die für Subventionen, Darlehen und Kreditgarantien gegeben wurden, auf 533 Millionen. Der Milliardenbogen aus den überhöhten Preisen beziffert sich auf 2 1/2 Milliarden. Angeht es dieser Millionenbeiträge ist es erkennbar, wie die Masse der Arbeitslosen bisher immer noch ruhig blieb. Wie lange aber darf man den Millionen Arbeitslosen diese Ruhe und Besonnenheit noch zumuten? Wann endlich wird die Regierung sich entschließen, von der bisherigen Agrarpolitik abzulassen? Es ist für die industrielle Bevölkerung, zumal in einer Zeit kürzester Lohnbrüche untragbar, daß die Preise wichtiger landwirtschaftlicher Produkte in Deutschland zwei bis dreimal so hoch stehen als die Weltmarktpreise. Deutschland kann sich in seiner fürchterlichen Lage nicht den Luxus leisten, zurückgebliebene Produktions- und Absatzmethoden künstlich am Leben zu erhalten.

Wir müssen dringend verlangen, daß keine Steuerlast fernerhin denjenigen zugewendet wird, die sich ihr Brot noch jetzt nach Uraltersweise erwerben, und dem Fortschritt der Zeit widertreiben, sondern daß sie denen zugeleitet wird, die trotz aller Bemühungen keine Arbeit und kein Brot erhalten können.

Es ist klar, daß an einen Steuerabbau nicht gedacht werden kann, es geht aber auch nicht, daß das Reich sich aus den Finanznöten herauswindet, ohne gleichzeitig für die Finanzen der Länder und der überlasteten Gemeinden zu sorgen.

Auf sozialpolitischem Gebiet stand während der ganzen Berichtszeit die Frage der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen im Vordergrund. Der kommende Winter läßt leider erwarten, daß die Zahlen des vergangenen Winters noch erheblich überschritten werden. Die unelastische Notverordnung vom Juni hat einen neuen weiteren gewaltigen Leistungsabbau im Arbeitslohnschutz gebracht. Die Ungerechtigkeiten dürfen nicht bestehen bleiben. An dem Rechtsprinzip der Arbeitslosenversicherung darf nicht gerüttelt werden. Wir fordern eine Reichsarbeitslosenversicherung, damit die überlasteten Gemeinden nicht völlig leistungsunfähig werden. Zur weiteren Finanzierung der Versicherung sollten, entsprechend der Belastung aller verdienstlichen Arbeitnehmer, auch alle anderen Einkommensträger, insbesondere alle höher verdienenden, einschließlich der Beamten, nach Maßgabe ihres Einkommens zur Kostendeckung herangezogen werden. Unberechtigt ist die Sonderstellung der Landwirtschaft.

Unbefriedigend sind die schrittweisen Versuche der Regierung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Wir brauchen eine allgütige geistliche Beiratsung. Trotz des damit verbundenen Selbstverlebens der Arbeiter wird der Kongress, wie ich hoffe, für eine Erklärung der Arbeitslosigkeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten.

Man kann nicht von der Arbeitslosigkeit sprechen, ohne die Not der arbeitenden Jugend zu berühren. Schon ist der Gedanke aufgetaucht, daß eine mehrjährige Berufsberatung heute ihren Sinn verloren habe. Das ist eine falsche Meinung, und wir treten ihr mit Nachdruck entgegen. In wenigen Jahren wird wieder die normale Zahl Jugendlicher nach Lehr- und Arbeitsstellen suchen, d. h. es werden davon doppelt so viel wie gegenwärtig benötigt werden. Die Pflicht der Nachwuchsversorgung darf also nicht vernachlässigt werden. Das Berufsausbildungsgesetz muß unter allen Umständen so bald wie möglich fertiggestellt werden. Der vom Hamburger Kongress aufgestellten Forderung nach geistlicher Regelung der Vertrieben für die Jugendlichen ist noch immer nicht entsprochen. Nicht minder beklagenswert ist für die deutsche Sozialpolitik, daß z. B. noch immer die Nacharbeit Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren uneingeschränkt zulässig ist.

Zur viel umfrittenen Frage der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau

ein Wort: es geht nicht an, die verheirateten Frauen grundsätzlich als Doppelverdiener anzusehen. Im Hinblick auf die ungeheure Arbeitslosigkeit müssen wir auch weiterhin verlangen, daß keine Doppelverdiener beschäftigt werden. Die hiesigen Stellenentbehren noch immer des geistlichen Schutzes, obwohl es sich bei ihnen um eine Arbeitnehmergruppe von annähernd 1,5 Millionen Menschen handelt. Wir fordern ihre Unterstellung unter den allgemeinen Arbeiterschutz. Zur Reform des Hausarbeitsgesetzes haben wir einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der besonders die Lohnregelung für die Heimarbeit auf eine bessere Grundlage stellt. Die jetzt fakultative Einrichtung zur Festsetzung geistlicher Richtlöhne muß zu einer obligatorischen gemacht werden. Unsere Vorschläge sind bis jetzt unberücksichtigt geblieben. Einen wichtigen Erfolg unserer auf ausreichenden Mutterlohn gerichteten Bestrebungen stellt das 1929 erlassene Gesetz über die Wohnhilfe dar. Die Gewerbeaufsicht wurde unter unserem Einfluß in einzelnen Ländern ausgebaut.

Eine organisatorische Reform zur Vereinheitlichung der gesamten Renten- und Krankenversicherung halten wir nicht für notwendig, sondern auch für möglich. Die Regierung sollte endlich die Vereinheitlichung in Angriff nehmen. Hierbei muß aber nicht nur in der Invalidenversicherung, sondern auch in der Unfallversicherung die in der Reichsverfassung zugesagte maßgebende Mitwirkung der Beteiligten gewährt werden. Die Versicherungsleistungen haben nichts gemein mit Pensionen und anderen Leistungen aus öffentlichen Mitteln. Wir weisen darum auch entschieden zurück, daß im Kampf gegen die Sozialversicherung

immer wieder öffentliche Lasten und Leistungen der Sozialversicherung zusammengepackt werden, um unter Hinweis die dabei errechneten hohen Summen die Untragbarkeit zu weisen. Auch die Arbeiter haben Anspruch auf ausreichende Versorgung in Notfällen und im Alter. Sie zahlen hierzu ihren Teil aus ihrem Arbeitsentgelt, erfüllt von dem großen Gebot der gegenseitigen Hilfeleistung und um die öffentliche Wohlfahrt nicht in Anspruch nehmen zu müssen.

Auf dem Gebiet des Wohnungswesens hat der Bund ausnahmslos Ende 1930 in einer Entscheidung gegen die Räumung von Wohnungsbauplatzen und gegen die beabsichtigte weitere Beseitigung des Mieterschutzes entschiedenen Einspruch

erhoben. Jeder Versuch, den Mieterschutz zu beseitigen, wird unseren schärfsten Widerstand stoßen.

Die Konzentration der Kräfte des DGB weitere Früchte getragen. Die Zahl der im Bund vereinigten Gewerkschaften ist seit Hamburg von 85 auf 30 gesunken. Zerspaltungsbefreiungen der kommunistischen Partei völlig fehlgeschlagen.

Der bedeutendste Fortschritt der Arbeiterbildung Rahmen des Bundes war die Inbetriebnahme der Bundesschule in Bernau. Wir werden künftig auch dem Bildungswesen größere Aufmerksamkeit widmen müssen. Es gilt allem, die öffentlichen Bibliotheken im Sinn der Bedürfnisse der Arbeiterschaft auszugestalten.

Die Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Berufsschule hat sich enger gestaltet. Notwendig ist ein gemeinsamer und einheitlicher Ausbau von Volks- und Berufsschule. Die Parteilichkeit seinen hochinteressanten Ueberblick über seit Hamburg verflorenen Sturmzeit mit einem Blick auf internationale Lage. Er begrüßte die Vermeidung unfreundlicherer Verhältnisse zwischen den Regierungen. Die gewerkschaften, betonte er, sind mit die ersten gewesen, öffentlich ausgesprochen haben, daß die Drangsal außerordentlich ansehnlichen Reparationslasten untragbar sind und in der Lage dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise der Welt zu verschärfen. Die Durchführung des Jahresplanes der Präsidenten der Vereinten Staaten kann nur ein Anfang neuer Reparationsverhandlungen sein; denn auch nach einer Auffassung besteht kaum eine Möglichkeit, daß Deutschland im Ablauf des Jahres die Reparationen in alter Höhe aufnehmen kann. Während des Jahres muß daher in allen Umständen ein Weg gefunden werden, um endlich eine vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage ruhende Regelung Reparationen herbeizuführen. Das ist nicht nur im Interesse Deutschlands notwendig, sondern eine Voraussetzung für Rettung aller Länder aus der Weltkrise.

Von den Anträgen zum Bericht des Bundesvorstandes ist nur ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Berlin genügend Unterstützung, der schärfste Ablehnung jedes Lohnabbau fordert. Ueber die dann einsehende Aussprache richten wir morgen.

Die Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Berufsschule hat sich enger gestaltet. Notwendig ist ein gemeinsamer und einheitlicher Ausbau von Volks- und Berufsschule. Die Parteilichkeit seinen hochinteressanten Ueberblick über seit Hamburg verflorenen Sturmzeit mit einem Blick auf internationale Lage. Er begrüßte die Vermeidung unfreundlicherer Verhältnisse zwischen den Regierungen. Die gewerkschaften, betonte er, sind mit die ersten gewesen, öffentlich ausgesprochen haben, daß die Drangsal außerordentlich ansehnlichen Reparationslasten untragbar sind und in der Lage dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise der Welt zu verschärfen. Die Durchführung des Jahresplanes der Präsidenten der Vereinten Staaten kann nur ein Anfang neuer Reparationsverhandlungen sein; denn auch nach einer Auffassung besteht kaum eine Möglichkeit, daß Deutschland im Ablauf des Jahres die Reparationen in alter Höhe aufnehmen kann. Während des Jahres muß daher in allen Umständen ein Weg gefunden werden, um endlich eine vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage ruhende Regelung Reparationen herbeizuführen. Das ist nicht nur im Interesse Deutschlands notwendig, sondern eine Voraussetzung für Rettung aller Länder aus der Weltkrise.

Von den Anträgen zum Bericht des Bundesvorstandes ist nur ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Berlin genügend Unterstützung, der schärfste Ablehnung jedes Lohnabbau fordert. Ueber die dann einsehende Aussprache richten wir morgen.

Von den Anträgen zum Bericht des Bundesvorstandes ist nur ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Berlin genügend Unterstützung, der schärfste Ablehnung jedes Lohnabbau fordert. Ueber die dann einsehende Aussprache richten wir morgen.

Von den Anträgen zum Bericht des Bundesvorstandes ist nur ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Berlin genügend Unterstützung, der schärfste Ablehnung jedes Lohnabbau fordert. Ueber die dann einsehende Aussprache richten wir morgen.

Von den Anträgen zum Bericht des Bundesvorstandes ist nur ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Berlin genügend Unterstützung, der schärfste Ablehnung jedes Lohnabbau fordert. Ueber die dann einsehende Aussprache richten wir morgen.

Von den Anträgen zum Bericht des Bundesvorstandes ist nur ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Berlin genügend Unterstützung, der schärfste Ablehnung jedes Lohnabbau fordert. Ueber die dann einsehende Aussprache richten wir morgen.

Arbeit, Arbeit!

Sam Berlin-Besuch Albert Thomas

Der Ruf nach Arbeit wird heute bei den Arbeitslosen nur noch mit einem müden Sächeln, mit dem Sächeln der Enttäuschung und Verzweiflung hingenommen. Zu oft schon erscholl der Ruf nach Arbeit. Es war immer nur ein Ruf in der Wüste. Je mehr nach Arbeit gerufen wurde, desto mehr nahm sie ab. Unter diesen Umständen muß man von Optimismus Albert Thomas, des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, bewundern, mit dem er seine Idee von der Ausfüllung großer europäischer Arbeiten zu verwirklichen versucht. Auf viel Steps und Resignation ist Thomas' Idee anfangs gestoßen. Vor allem machte man sich auf Unternehmensebene über Thomas' "Patentlösung" zur Heilung der Arbeitslosigkeit lustig. Der Ausgelachte läßt aber nicht locker.

Er war soeben in Berlin und hat mit der Reichsregierung über seine internationalen Arbeitsbeschaffungspläne verhandelt, nachdem er bereits mit verschiedenen anderen Regierungen Europas Fühlung genommen hat. Wie wir hören, hat die Reichsregierung die Absicht, den Arbeitsbeschaffungsplan des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes im Europaausschuß zu unterstützen.

Heute besteht jedenfalls im allgemeinen bei den maßgebenden Stellen in Berlin wie auch bei anderen europäischen Regierungen grundsätzliche Zustimmung zu seinem Vorschlag. Auch Thomas' Fühlungnahme mit den Geldleuten zum Zweck der Finanzierung seiner Pläne findet mehr und mehr eine Atmosphäre von Sympathie und Entgegenkommen. Thomas hat bereits mit einer Bankengruppe verhandelt und das erste Resultat dieser Verhandlungen war nicht ungünstig. Natürlich verjagt Thomas nicht bereits über einen Kredit von Hunderten von Millionen. So eilig haben es die Geldgeber nicht. Es sind jedoch immerhin auch in der Finanzierungsfrage schon einige erfolgreiche Schritte unternommen.

Albert Thomas ist durchaus optimistisch. Er glaubt bestimmt, daß seine Pläne in nicht ferner Zeit in irgend einer Form Gestalt annehmen. Seine nächsten Aufgaben sind die Herbeiführung einer klaren Stellungnahme des Europaausschusses zu seinem Arbeitsbeschaffungsplan und Beratungen mit den Technikern. Der Europaausschuß wird Ende August in Genf seine Arbeiten beginnen. Er muß über eine allgemein grundsätzliche Zustimmung hinaus durch klare Beschlüsse den Plänen des Direktors des I. A. die Bahn frei machen. Zur technischen Durchberatung der Arbeitsbeschaffungspläne wird Thomas eine Reihe von Sachverständigen, vor allem von Kennern des Eisenbahn- und Straßenbaus, nach Genf zu einer Besprechung berufen. An dieser Besprechung nimmt auch ein Vertreter der Gesellschaft teil, die sich zur Förderung des großen Automobilstraßenprojekts Hamburg-Basel in Deutschland gebildet hat. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß diese Autostraße schon sozusagen ein Teil des Genfer Arbeitsbeschaffungsplans darstellt.

Deutschland würde, wenn die Pläne von Albert Thomas zur Durchführung kämen, schon infolge seiner zentralen Lage beim Bau größerer europäischer Verkehrsstraßen besondere Berücksichtigung finden. Auch die ins Auge gefassten Verbesserungen des Eisenbahnnetzes auf dem Balkan würden für Deutschland eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes bedeuten, denn ein gut Teil der Techniker für die Durchführung solcher Eisenbahnbauten und ebenso ein gut Teil des Baumaterials würde sicherlich von Deutschland gestellt werden.

Albert Thomas hat nicht die Illusion, mit seinem Plan die Arbeitslosigkeit beseitigen zu wollen. Allein er hält seinen Plan jedenfalls für ein durchaus brauchbares Mittel, um einen Teil der Not zu lindern. Seine Kritiker, die sich über seine "Patentlösung" lustig machen, haben bis jetzt nicht gezeigt, was sie zur Vinderung der Not tun können. Kritiker ist leicht und Projekte machen ist nicht schwer. Schwer ist tatkräftige Hilfe. Niemand wird behaupten wollen, daß Thomas' Pläne nur irgend ein von jenen Tausenden von Projekten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind, mit denen seit langem Regierungsstellen, Gewerkschaften und Reaktionen bombardiert werden. Was Albert Thomas erreicht, liegt nicht außer dem Bereich der Möglichkeiten. Wenn die für Europas Geschäft verantwortlichen Regierungen auch nur etwas guten Willens ausbringen, können große europäische Arbeiten zur Vinderung der Arbeitslosigkeit durchgeführt werden.

Niemand verkennt, daß es etwas in Europa sehr viel schlimmer ist als z. B. in den Vereinigten Staaten, wo man bis zum Winter eine Million Menschen durch Arbeitsbeschaffung in Arbeit bringen will, ohne daß man sich auch drüben

immer wieder öffentliche Lasten und Leistungen der Sozialversicherung zusammengepackt werden, um unter Hinweis die dabei errechneten hohen Summen die Untragbarkeit zu weisen. Auch die Arbeiter haben Anspruch auf ausreichende Versorgung in Notfällen und im Alter. Sie zahlen hierzu ihren Teil aus ihrem Arbeitsentgelt, erfüllt von dem großen Gebot der gegenseitigen Hilfeleistung und um die öffentliche Wohlfahrt nicht in Anspruch nehmen zu müssen.

Auf dem Gebiet des Wohnungswesens hat der Bund ausnahmslos Ende 1930 in einer Entscheidung gegen die Räumung von Wohnungsbauplatzen und gegen die beabsichtigte weitere Beseitigung des Mieterschutzes entschiedenen Einspruch

erhoben. Jeder Versuch, den Mieterschutz zu beseitigen, wird unseren schärfsten Widerstand stoßen.

Die Konzentration der Kräfte des DGB weitere Früchte getragen. Die Zahl der im Bund vereinigten Gewerkschaften ist seit Hamburg von 85 auf 30 gesunken. Zerspaltungsbefreiungen der kommunistischen Partei völlig fehlgeschlagen.

Der bedeutendste Fortschritt der Arbeiterbildung Rahmen des Bundes war die Inbetriebnahme der Bundesschule in Bernau. Wir werden künftig auch dem Bildungswesen größere Aufmerksamkeit widmen müssen. Es gilt allem, die öffentlichen Bibliotheken im Sinn der Bedürfnisse der Arbeiterschaft auszugestalten.

Die Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Berufsschule hat sich enger gestaltet. Notwendig ist ein gemeinsamer und einheitlicher Ausbau von Volks- und Berufsschule. Die Parteilichkeit seinen hochinteressanten Ueberblick über seit Hamburg verflorenen Sturmzeit mit einem Blick auf internationale Lage. Er begrüßte die Vermeidung unfreundlicherer Verhältnisse zwischen den Regierungen. Die gewerkschaften, betonte er, sind mit die ersten gewesen, öffentlich ausgesprochen haben, daß die Drangsal außerordentlich ansehnlichen Reparationslasten untragbar sind und in der Lage dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise der Welt zu verschärfen. Die Durchführung des Jahresplanes der Präsidenten der Vereinten Staaten kann nur ein Anfang neuer Reparationsverhandlungen sein; denn auch nach einer Auffassung besteht kaum eine Möglichkeit, daß Deutschland im Ablauf des Jahres die Reparationen in alter Höhe aufnehmen kann. Während des Jahres muß daher in allen Umständen ein Weg gefunden werden, um endlich eine vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage ruhende Regelung Reparationen herbeizuführen. Das ist nicht nur im Interesse Deutschlands notwendig, sondern eine Voraussetzung für Rettung aller Länder aus der Weltkrise.

Von den Anträgen zum Bericht des Bundesvorstandes ist nur ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Berlin genügend Unterstützung, der schärfste Ablehnung jedes Lohnabbau fordert. Ueber die dann einsehende Aussprache richten wir morgen.

deswegen einbildet, nun alles getan zu haben. Die Vereinigten Staaten sind ein großes einheitsreiches Wirtschaftsgebiet, wo Mann wie Hoover Ellenbogenfreiheit hat. Bei uns in Europa aber wird jeder vernünftige wirtschaftliche und soziale Gedanke binnen 24 Stunden durch "Politik" vergiftet. Allein — in dieser traurigen Erkenntnis ist uns nicht gedient. Wir müssen vom Fleck kommen. Geschehen muß etwas, denn von nichts geistvollen und tiefinnigen Beleuchtungen des Arbeitslosenproblems und der Weltkrise wird kein Arbeitsloser satt. Tat ist notwendig, Taten, durch die Europa gemeinsam der gemeinen Not flüchtet. Albert Thomas hat vollkommen recht, man wird den Europa-bund nur schaffen können, wenn man ihn auf einem gemeinsamen Werk aufbaut, aus dem alle Länder Nutzen ziehen. Wie groß muß die Not noch werden, bis endlich alle Hände anspannen, um den immer weiter um sich greifenden Brand zu löschen, der alle zu vernichten droht?

Tarifkündigung bei den Verkehrsbetrieben Oberschlesien

Die Verkehrsbetriebe Oberschlesiens haben die Löhne und Gehälter der Angestellten und Arbeiter am 31. August mit Wirkung vom 30. September dieses Jahres gekündigt. Der Zeitpunkt für Verhandlungen mit den Arbeitnehmerorganisationen steht noch nicht fest.

Tarifkündigung in Hamburg

Hamburg, 31. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Hamburger Arbeitgeberorganisation der Hafenbetriebe hat die Lohnsätze vom 30. September gekündigt. Der Hafenbetriebsverein verlangt einen Abbau der geltenden Schichtlöhne von 8,80 Mark auf 7 Mark.

Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund

Der Bund der Inspektoren und Amtsmänner der Reichspost genehmigte auf seinem 25. Bundestag von seinem Vorstand bereits beschlossenen Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund. Der Austritt voll mit Wirkung ab 1. Januar erfolgen. Der Grund ist in der Haltung des Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes zur Staffellung des Gehaltsrückfragen und seine nach Ansicht der ausgetretenen Gruppen begünstigenden Stellungnahme für die Kommunalbeamten suchen.

Bevorstehende Schließung der Laurahütte

Im Zusammenhang mit den Gerüchten über die bevorstehende völlige Schließung der Laurahütte hat die Belegschaft an den Demobildungskommissionar und an die gesamte Belegschaft einen Appell gerichtet, die Stilllegung der Hütte zu verhindern, da sonst weitere 400 Arbeiter und eine große Anzahl von Beamten brotlos würden. In der Eingabe an den Demobildungskommissionar wurde dargelegt, daß das in der Laurahütte hergestellte Grobblech um 25 Prozent billiger sei als das andere Firmen. Da eine völlige Stilllegung vom Ministerium bewilligt werden muß, beabsichtigt die Hüttenverwaltung einen Umbau der Stahlöfen vorzunehmen, um damit die Stilllegung begründen zu können.

Auch die Belegschaft der Friedrichshütte in Tarnowitz wies sich gegen die beabsichtigte Stilllegung des Werkes. Auch hier würden 400 Arbeiter zur Entlassung kommen. Man erfährt weiter, daß die Graf Ballestrinische Verwaltung die Absicht hat, die Gruben Wollgang und Wawel zusammenzulegen. Auch gegen diese Maßnahme hat die Belegschaft Einspruch erhoben, da dadurch der Verwaltung die Möglichkeit gegeben wäre, durch teilweise Stilllegung mehrere hundert Arbeiter zu entlassen.

Breslauer Nachrichten

Auf der Spur der Briefträgerräuber

In einem Lokal in der Wildenbruchstraße ist die Kriminalpolizei auf die Spur von zwei Männern gekommen, die Briefträger ausgeführt zu haben. Es handelt sich um einen sechsundzwanzigjährigen Sattler Gerhard Wagner und den fünfzigjährigen kaufmännischen Angestellten Erhard Kloppe, die sich am Sonntag am vorigen Sonnabend polizeilich abgemeldet haben. Der eine wollte angeblich nach Berlin, während sich der andere auf Wanderschaft abmeldete.

Bei den Nachforschungen in Gubrau ergab sich, daß beide am Sonntag mit den Rädern fortgefahren waren. Da es inzwischen nicht möglich war, Bilder der beiden zu beschaffen, konnten die Ermittlungen in der Auguststraße und auch der Gastwirt den Langner genau wiedererkennen. Inzwischen stellte sich auch heraus, daß die beiden am Montag früh bei einer anderen Frau in der Auguststraße ein Zimmer besichtigt haben, ehe sie zu der Frau kamen, bei der sie sich dann einmieteten.

Auch diese Frau hat aus den vorgelegten Bildern den Langner wiedererkannt. In Gubrau wurde inzwischen festgestellt, daß Langner noch am Sonntag vorher auf dem Arbeitsamt die Unterstützung eines anderen Arbeitslosen unberechtigtweise erhalten hat. Wo die beiden Beschwendeten ihre Räder gelassen haben, ist bisher nicht ermittelt worden. In ihr möbliertes Zimmer haben sie diese nicht mitgebracht. Nachdem diese Spuren der Verdächtigen ermittelt worden sind, hofft die Polizei, die beiden in den nächsten Tagen festnehmen zu können.

Deutsche Männer

Zu den in letzter Zeit gekennzeichneten Justizbeamten gehört der Amtszehner in der Hauptmünze in Breslau, der als Richter tätig ist. Er hat eine Hausbesitzerin, wenigstens benimmt er sich so. Er hat in Breslau, als auch in Oberschlesien eigene Grundstücke. Er magen ist er auch ein sehr robuster Herr. Ueber Anordnungen der Baupolizei, und der Polizei überhaupt, legt er sich einfach hinweg. So hat er ein Fräulein Schuster aus ihrer Wohnung entfernt, indem er eine Giebelwand der vermieteten Wohnung einreißen ließ, so daß die Wohnung mit ihrer Einrichtung Wind und Wetter ausgesetzt war. Trotzdem schon zweimal der Gerichtshof fruchtlos gesündigt hat, hat er die Schuldnerin auf keine Kosten in Haft nehmen lassen, um sie zum Zahlungseinzug zu zwingen. Dann hat er die Schuldnerin über aus der Haft entlassen, und obwohl sie nachweislich durch Haft in ihrer Gesundheit schwer geschädigt ist, am 18. August durch seinen Kollegen, den Gerichtsvollzieher Fr. A. Rost, wieder freilassen. Eine sehr gute Stütze der deutschen Gerechtigkeit!

Ein Straßenbahner besonderer Güte ist der Führer Paul Janietz, Einbaumstraße 3. Zunächst glaubt er, daß das Kommen eines Straßenbahnführers verbessert werden muß, durch, daß er nach dem Dienst auch noch Straßenhandel betreibt. Darüber hinaus geht er, weil der Dienst nicht anstrengend genug ist, in Uniform mit Stahlhelmen und Nazis spazieren. Aber er fühlt sich auch bedroht, und zwar durch seine Mitbewohnerin Frau Salzherrn, die er deshalb überfallen und so zugerichtet hat, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Schade, daß der Mann Straßenbahnführer und nicht Schaffner ist.

Eine echt teutsche Art legt der Straßenbahnwärter August Glowick, Gubauer Straße 52, an den Tag. Er hat seinen Kinder einfach hinausgeworfen und eine kleinere Wohnung mit seiner Ehefrau und den jüngsten Kindern bezogen. Einen Sohn hat er zur Heirat gezwungen, weil dieser ihm in der Familie nicht gefiel. Zu Kollegen äußerte er sich, daß er sehr gut liebe, nachdem seine Familienangehörige so zerrissen ist. Er wirklich gut zu leben, hat er die Neubauten im Deutschen Wohngebiet Breslau-Pilsnitz bezogen. Auch ihm scheint der Staat viel freie Zeit zu lassen; denn er betätigt sich recht aktiv im Stahlhelm. Würde allerdings der Stahlhelm „Reichsheimat“ schlagen wollen, dann wäre mit dem 1,50 Meter hohen Hebeln nicht viel anzufangen. Wahrscheinlich würde er in den vordersten Kampfreihen jünger bestimmt an nach seiner Frau zu scheitern.

Die Hofe zum Verhängnis geworden

Kurz vor der Lessingbrücke verunglückte am Sonntag nachmittag der Arbeiter F. aus der Gräbener Straße, der auf einem Rade fuhr und mit der Hofe an der Kette hängen blieb. Er stürzte und schlug gegen einen neben ihm fahrenden Straßenbahnwagen, der ihn wieder zur Seite schleuderte. Schwer verletzt lag er liegen und mußte in die Polizeiwache in der Regierungstraße gebracht werden, von wo ihn ein Krankenwagen ins Allerheiligen-Hospital transportierte.

Sechs Wochen im Wasser gelegen

In dem Ableitungsgraben an der Pumpstation konnte am Sonntag ein Schiffer die Leiche eines Kindes aus dem Wasser ziehen. Es handelte sich um die am 14. Juli ertrunkene Schülerin Margot Stowronnet aus der Golbene Kadegasse.

Schauriger Fund

In der neuen Badeanstalt an der Matthiasfontäne wurde dieser Tage die Leiche einer Frau gefunden, die schon derart in Verwesung übergegangen war, daß beide Arme an den Ellenbogen abgefallen sind. Auch die Kleidung war bereits abgestreift. Als einziges Erkennungszeichen der etwa seit einem halben Jahre im Wasser liegenden Leiche ist nur ein Paar braune Spangenschuhe mit Gummiabfüßen zu benutzen.

Sprung aus dem Fenster

Gestern früh um 4 Uhr hat sich die 51jährige Ehefrau E. aus einem Fenster ihrer im vierten Stockwerk des Hauses Steinauer Straße 11 gelegenen Wohnung auf die Straße gestürzt und blieb schwer verletzt liegen. Sie wurde in das Allerheiligen-Hospital gebracht und ist dort am Nachmittag gestorben. Die Verfolgungsmahn leidende Frau handelte wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Unmündigkeit.

2000 Eltern weltlicher Schulkinder protestieren

gegen die Absichten der Breslauer Schulverwaltung!

Dieser Tage rief, wie wir bereits kurz berichteten, die Freie Elternvereinigung ihre Anhänger zu einer Protestversammlung in den großen Saal des Gewerkschaftshauses. Mehr als 2000 Eltern füllten Saal und Galerie so dicht, daß der Breslauer Schulverwaltung wohl bange geworden wäre, wenn sie Augenzeuge der Versammlung hätte sein können.

Drohende Maßnahmen der Breslauer Schulverwaltung gegen die weltlichen Schulen hatten die Versammelten zusammengebracht. Am 1. Oktober beabsichtigt die Schulverwaltung 25 Klassen an Volksschulen einzuziehen, und weitere Klassen sollen 1932 folgen. Zieht die Schulverwaltung Klassen ein, dann werden die anderen Klassen zwar mit den „eingesparten“ Kindern vollgestopft, der Zweck der unpedagogischen Maßnahme (aber wer denkt heute auf der Schulverwaltung noch an Pädagogik!) ist erreicht: Lehrer können „eingespart“ werden. Da es zurzeit unmöglich ist, fest angestellte Lehrer zu entlassen, beabsichtigt die Schulverwaltung, alle Junglehrer und -Lehrerinnen, amtlich Schulamtsbewerber genannt, auf die Straße zu setzen. Da nun infolge jahrelanger ungerechter Behandlung die weltlichen Schulen die wenigsten fest angestellten Lehrer haben, trifft der Abbau von Junglehrern gerade die weltlichen Schulen am härtesten. Die weltlichen Junglehrer sollen dem reaktionären Volksschulabbau zum Opfer fallen. An ihre Stelle werden evangelische und katholische Lehrer treten, die durch den Klassenabbau überzählig geworden sind. Das will sagen: Lehrer, die bisher aus religiöser Überzeugung an den konfessionellen Schulen geblieben sind, werden aus rein äußeren Gründen an die weltlichen Schulen kommen, woran sie unter normalen Verhältnissen nie gedacht hätten. Jede Überzeugung in allen Ehren! Aber religiös eingestellte Lehrer haben an weltlichen Schulen nichts zu suchen. Welche Aufregung würde im konfessionellen Lager entstehen, wenn die Breslauer Schulverwaltung plötzlich dissidentische Lehrer an die Konfessionsschulen schicken würde! Das wird zwar Stadtschulrat Lauterbach nicht tun. Dazu ist er zu klug. Aber die Eltern weltlicher Schulkinder hält er für dumm genug, daß sie sich gefallen lassen werden, daß ihre Kinder auf einmal wieder mit der Religion bekannt gemacht werden. Es dürfte nämlich richtig sein, daß der evangelische und katholische Lehrer nicht nur im Religionsunterricht evangelisch oder katholisch ist. Er ist es auch im Deutschunterricht, in Geschichte, in Naturkunde. Und welchen lebenskundlichen Unterricht gar darf man von einem religiös eingestellten Lehrer erwarten?

Die Versammlung war sich darüber klar: Konfessionell eingestellte Lehrer an weltlichen Schulen bedeuten die Aufhebung des weltlichen Unterrichts- und Erziehungssystems, bedeuten die Unterhöhlung des weltlichen Schulgedankens. Rührt die Breslauer Schulverwaltung ihre Absicht durch, nämlich die weltlichen Junglehrer durch konfessionell gerichtete Lehrer zu ersetzen, dann betrachtet die weltliche Elternschaft dies als einen Angriff gegen die weltliche Schule. Dann wird sie mit dem Verteidigungstampf antworten.

Die von der Versammlung einstimmig angenommene Entschließung lautet nämlich:

„Die am 21. August 1931 im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelten Eltern der Breslauer weltlichen Schulen, 2000 an der Zahl, geben ihren entschiedenen Willen kund, ihre Schulen gegen die Angriffe der Kulturreaktion aufs ängste zu verteidigen.“

Als einen solchen Angriff würden wir es betrachten, wenn die Breslauer Schulverwaltung gelegentlich der beabsichtigten Sparmaßnahmen überzählig werdende katholische oder evangelische Lehrer an den weltlichen Schulen unterbringen würde. Wir machen den katholischen und den evangelischen Lehrern, die bisher an ihren konfessionellen Schulen gearbeitet haben, wegen ihrer religiösen Gefinnung keinen Vorwurf. Würden diese Lehrer aber nur aus äußeren Gründen an die weltlichen Schulen gehen, so würden wir dies als einen Angriff auf den Sinn der weltlichen Schule ansehen, weil unsere Kinder dann von Lehrern unterrichtet würden, die eine andere Gefinnung hätten als unsere Kinder. Keine Konfessionsschule würde sich gefallen lassen, wenn sie mit dissidentischen Lehrern überhäumt würde.

Die Elternschaft wird, wenn konfessionell denkende Lehrer an die Sammelstellen Breslaus verschoben werden, mit dem Mittel des Schulstreiks antworten müssen. Wir machen die Breslauer Schulverwaltung auf den Ernst dieses Beschlusses besonders aufmerksam.

Die Begeisterung der Versammelten bietet die Gewähr dafür, daß die Eltern der weltlichen Schulen für ihre Überzeugung zu kämpfen verstehen werden.“

Ein Wort noch zum ersten Bericht über diese Kampferammlung. Im vorläufigen Bericht der „Volkswacht“ ist den Ausführungen kommunistischer Diskussionsredner zu viel Raum gewidmet und damit der Eindruck entstanden, als ob sie dort irgendetwas zu sagen gehabt hätten. Der kritische Beobachter weiß, daß die kommunistischen Redner in jeder nicht parteimäßig aufgelegten Versammlung ihre dürftige Parteijuppe locken müssen. Sie erhalten von ihrer Zentrale den Befehl und haben dann wie Marionetten ihr Sprüchlein aufzulegen, es es in den Rahmen paßt oder nicht. Wenn schon die zurzeit in Deutschland tätigen „Führer“ der KPD jeden Sinn für politische Laktit verloren haben, in ihrer politischen Blindheit nur noch mit Mitteln irrationaler Sensation (siehe „roter“ Volksentscheid!) arbeiten können, so darf man von den Geführten nicht Einsehen in die Notwendigkeit des Schulkampfes in Breslau verlangen. Die Kommunisten, die in der Versammlung sprachen, sind nicht zu schelten, sie sind zu bedauern. Durch den vorläufigen Bericht könnte leicht der Eindruck entstehen, als ob der Bericht der „Arbeiterzeitung“, der von einem „politischen Erfolge der kommunistischen Partei“ spricht, wirklich etwas mit der Wahrheit zu tun hat.

Die Versammlung hat vielmehr, in richtiger Beurteilung der Sachlage, die Parteipolitik, die die kommunistischen Redner in „höherem“ Auftrage fernieren wählten, abgelehnt. Die Versammlung bedeutete also eine Niederlage der kommunistischen Parteifaktik. Die Eingiebt der weltlich eingestellten Eltern in der Freien Elternvereinigung — diese Eingiebt ist der politische Erfolg der Protestversammlung.

Durch Breslaus Schrebergärten

Praktische und freudige Verarbeitung der Breslauer Kleingärtner

Wie alljährlich, so hatten sich die im Verbands Breslauer Kleingärtnervereine zusammengeschlossenen Schrebergärtner auch am letzten Sonntag einmal verbündet an die Öffentlichkeit gewandt, zum andern aber zusammengefunden, um den Alten und Kranken Freude zu spenden, indem sie Blumen und Früchte in riesigen Mengen zusammentrugen, um damit die Kranzkammer der Anstalten, die Wohnräume der alten Mäntlein und Weiblein für Augenblicke in Paradiese zu verwandeln. 20 000 Blumensträuße wurden zusammengetragen. Sparjamer mußte man hingegen mit den Früchten umgehen, deren Abgabe für die meist arbeitslosen Kleingärtner ein erhebliches Opfer bedeutete. Und dennoch gaben sie gerne und brachten 10 000 bis 11 000 Pfund an Obst und Früchten zusammen. Diejenigen, die auch heute noch zu Unrecht glauben, daß die Kleingärtner als Konkurrenten des öffentlichen Handels auftreten, mögen daraus erkennen, daß die Hiele des Schrebergärtner auf einem ganz anderen Gebiete liegen als etwa dem Berufsgärtner oder dem Bauern in die Arme zu fallen.

Der Einladung der Breslauer Kleingärtner, sich in ihren Anlagen umzusehen, das Leben und Treiben eines Schrebergärtner kennen zu lernen, war die Breslauer Bevölkerung trotz des wenig freundlichen Wetters in großen Scharen gefolgt. Oft wurden die Besucher mit Blumen empfangen.

Daß die Freude in den Altersheimen und Krankenhäusern besonders groß war, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Die Spender gaben oft nicht nur von ihren Früchten und Blumen, sondern besonders „Grosmittige“ hatten aus dem „tiefen Keller“, über den ein echter Kleingärtner auch verfügt, einen „guten Tropfen“ eigenes Erzeugnis herausgeholt und damit den „Gaben-

tisch“ bereichert. An manchen Stellen waren Gebende und Empfangende mehrere Stunden vereint und nur schwer konnte man sich von einander trennen.

Von dem Leben und Treiben der Kleingärtner erhielten die Rundfunkhörer am letzten Freitag durch die Staffelpreportage „Land in Sonne“, die allen Wolkenbrühen und einem Dauerregen zum Trotz gesunkt wurde, einen ersten Eindruck. Der Breslauer Presse wurde am Sonntag in einer Rundfahrt durch sieben Gartenanlagen die weitere Möglichkeit gegeben, ihre Kenntnisse von der Kleingärtnerbewegung durch eigene Inaugenscheinnahme zu vervollkommen. Die Fahrt führte zunächst durch einige Anlagen an der südöstlichen Peripherie. Überall waren die Gartenbesitzer noch mit den Vorbereitungen zu den Besuchen in den Anstalten beschäftigt. Blumengeschmückte Kinder boten unter Überreichung von Blumensträußen den ersten Willkommensgruß. Die Anlagen brachten im Gegenzug zu manchen verwilderten Anbaugeländen den Beweis dafür, was durch Zusammenfassung aller Kräfte in einer strengen Organisation erreicht werden kann. Vorbei führte die Fahrt an einer in Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat und dem Verband geschaffenen muster-gültigen Neuanlage nach der Schreberkolonie im Dispart. Landschaftlich ideal gelegen, aber — das Hochwasser raubt dem dortigen Gartenbesitzern jede Freude. Dreimal mußten sie in diesem Jahr schon ihre Arbeit einstellen. Jetzt soll durch eine Erhöhung nachzuholen versucht werden, was bei der Anlage des Geländes versäumt wurde. In Morgeneau, wohin die Fahrt jetzt führte, erstanden Wohnlauben, um deren Entwurf mancher Architekt beneidet werden würde. Sie haben neben einem schmissigen Aussehen den großen Vorteil, daß sie allen Bedürfnissen des Kleingärtners entsprechen. In einer der ältesten Anlagen, in Zimpel, werden die Jahrtteilnehmer mit den neuen Plänen des städtischen Kleingärtneramtes vertraut gemacht. In diesem Tage wurde die größte Anlage an der Hundsfelder Chaussee in Arbeit genommen. Die erforderlichen Mittel werden aus der Erwerbslostenfürsorge bereitgestellt. Eine kleinere Anlage ist ebenfalls in Zimpel angefangen worden. Beide Neuschöpfungen haben den Vorzug, als Daueranlagen vorgesehen zu sein. Der Autobus führt die Teilnehmer durch das Gelände an der Hundsfelder Chaussee über Karlowitz nach Rosenthal, wo die Gartenanlagen in den letzten Jahren wie Pilze aus der Erde schossen. Ein Zeichen dafür, daß der Großstädter immer noch ein großes Bedürfnis hat, mit den Segnungen der Natur zusammenzukommen. Trotzdem das Schicksal dieses Geländes noch nicht feststeht, wurde manches beachtliche geschaffen.

In Wästen an der Dammtorstraße ist die Hochburg der Kleingärtnerbewegung. Ein Bezirksplatz für den ganzen Westen zeigt erneut die Opferfreudigkeit der Vereine. Neben einer Gartenanlage verwildert liegendes Gelände bedundet aber, daß Grundstückspekulanten ihr Land lieber jahrelang brach liegen lassen, ohne es den Kleingärtnern gegen mäßige Bezahlung zu überlassen. Ein Plakonzert in einer der besuchten Kolonien ist den Besuchern des Nachmittags gewidmet. Turn- und Spielgeräte zeigen, daß auch den Jungen und Jüngsten ein Platz im Schrebergarten eingeräumt ist. Alles in allem vermittelte diese Fahrt durch Breslaus Kleingärten den Geist der Opferbereitschaft und des Gemeinns. Einer für alle und alles für einen! — das ist die Parole, durch die Breslaus Kleingärtnerbewegung den Aufschwung nahm, den sie nehmen konnte.

Mittwoch, den 2. September, 1930 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses Mitglieder-Versammlung Genosse Gastein und Genossin Wolf-Brieg geben den Bericht über den Internationalen Kongress in Wien.

Die für Mittwoch angelegte Funktionärerversammlung findet erst Montag, den 7. September, 1930 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Genosse Macho spricht über Kommunalfragen der Stadt Breslau.

Stadträte und Stadtverordnete Heute 20 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, Fraktionsführung statt.

Kampfe im Silesus-Buch

Sollman-Kämpfe jeder Art...

Schlag auf Schlag fallen die Vorkämpfungen um die Mittelschicht-Gruppenarbeit im Silesus-Buch...

Mit lebhafter Spannung verfolgte man am Montag die Fortsetzung des Entscheidungskampfes...

Mit Veronal vergiftet

Im Wenzel-Hande-Krankenhaus starb am Sonntag die Ehefrau...

Silberhochzeit

feiert heute der Maler Karl Neugebauer mit seiner Ehefrau Luise...

Drei beschlagnahmte Fahrräder

Konnten von der Polizei den Eigentümern bisher nicht zugänglich gemacht werden...

Arbeiter-Sport

25 Jahre Freie Sportler in Waldenburg

Die Freie Sportvereinigung Waldenburg konnte am vergangenen Sonntag ihr 25jähriges Bestehen festlich begehen...

Athleten-Record

Sportgenosse Karl Schmitz stellte den Record im Einarmig Reiben von 145 Pfund auf 150 Pfund...

Freie Turnerschaft Breslau C. B.

8. Männer- und 6. Frauen-Abteilung. Mittwoch, 2. September...

Wassersport

Freie Kanuvereinigung Breslau. Leichtathleten morgen Mittwoch im Stadion...

Fußball

Verhandlungsausschuss. Abungen für den 7. 9., 20 Uhr: Vereinsvertreter VfB. und Sparta...

Athletik

Arbeiter-Athleten. 1. Bezirk. Heute, 20 Uhr, in der Wohnung des 1. Vorsitzenden...

Arbeiter-Kulturvereine

Freie Reichen Breslau. Donnerstag den 3. September, 20 Uhr...

Arbeiter-Club und Kraftfahrer Breslau

Abteilung Oberort. Die Vorbereitung der Sportgenossin Emma Horn...

Wasserstand

Kaibor	31.2	1.9	31.4	1.9
Neige (Strom)	4.28	3.10	4.34	3.68
Neige (Wind)	1.09	1.28	1.35	1.74
Neige (Mittel)	4.44	3.94	4.73	3.98
Neige (Mittel)	4.46	4.59	4.73	3.98
Neige	2.46	2.74	2.74	2.58

SPD Betriebsvereinsdienste

Wittwoch, den 3. September, 1930 Uhr

findet im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses eine wichtige Versammlung statt.

Tagessordnung

1. Die politischen Aufgaben der Betriebsvereinsdienste. Referent: Genosse Kausch.
2. Die Mitarbeit am neuen Betriebsgesetz. Referent: Genosse Bretzsch.

Sämtliche Genossen, die eine Funktionärstelle als Betriebsvereinsmann der Partei haben, müssen unbedingt erscheinen.

Preussisch-Schlesische Klassenlotterie

Wie uns die Lotteriebant Arndt, Breslau, Gehaus...

18. Ziehungstag 29. August 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

- 4 Gewinne zu 10000 M. 212001 238674
- 4 Gewinne zu 5000 M. 8645 346512
- 18 Gewinne zu 3000 M. 53099 78203 84704 357545 381363
- 64 Gewinne zu 2000 M. 4178 29980 46589 53474 60041 72658
- 78045 88910 140815 153067 159937 178802 184898 247823 248861
- 284588 286715 292504 284486 313894 326041 338736 344946 382207
- 385888 387133 388281
- 108 Gewinne zu 1000 M. 18588 23010 36245 36245 41988 51286
- 52812 58620 61853 63673 67738 78443 79277 79498 80881 82880
- 86623 89847 92254 97013 99869 114338 119190 119512 124900
- 132104 138036 138501 145538 148086 158521 166032 212960 220768
- 246635 269971 287826 296284 298474 298487 300303 302305 302523
- 325381 332980 336811 339577 352802 352805 378783 378376 382275
- 387242 387913
- 208 Gewinne zu 500 M. 725 7920 9298 13343 21142 23773 27880
- 30714 33622 34837 35670 38135 38688 40189 51100 65174 67824
- 58682 63025 64463 68400 67339 74334 77724 79483 84889 84931
- 98424 98545 113041 119117 121040 129151 137737 143896 147301
- 148920 154896 156579 150304 162526 164938 170571 176107 177510
- 177640 178208 180603 180868 187110 189821 180777 191147 193881
- 194871 195165 200492 204078 232068 232687 234154 236832 236391
- 236836 241878 242591 249205 249769 253631 254426 261885 273892
- 289034 289038 289339 289669 289729 289754 298882 294764 304540
- 306893 319076 321818 323312 327206 328004 330256 334187 338473
- 337982 341697 348818 356499 362581 363011 363987 365788 366681
- 372553 379396 383636 383890 388927

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

- 4 Gewinne zu 10000 M. 158258 326050
- 18 Gewinne zu 5000 M. 83228 205237 225273 229188 238123
- 289057 348703 372033
- 24 Gewinne zu 3000 M. 48248 122687 185093 208967 213648 222238
- 255841 288347 301806 303415 309000 318303
- 42 Gewinne zu 2000 M. 38078 49182 118192 144321 149107 149798
- 150947 185424 196639 203112 238339 271930 306263 312832 312864
- 316707 342633 352349 361085 376480 382532
- 84 Gewinne zu 1000 M. 17490 19479 20765 42470 45838 63887
- 68783 68139 70292 80296 88342 90596 110880 111747 119964 136000
- 142176 151452 163364 163498 169818 179390 222272 230804 233244
- 233249 258320 268780 270897 276381 282431 296844 297885 301066
- 309450 311889 337363 363568 368038 382433 388981 388932
- 128 Gewinne zu 500 M. 8882 16348 16348 16670 42059 63194 63879
- 69384 69573 71089 74134 75378 91400 92449 93318 109682 112991
- 116384 120391 146289 148616 158301 168184 178888 179442 179658
- 179181 181731 190957 194924 199347 205181 213428 218283 220179
- 235781 238180 238512 254301 258125 263002 269633 273263 289138
- 284300 289108 299837 314204 314389 315207 329154 334481 336340
- 389779 388297 388644 339733 341278 347268 365278 371073 383488
- 392110

In Gewinnrade verbleiben: 2 Bräunien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 50000, 14 zu je 25000, 78 zu je 10000, 180 zu je 5000, 378 zu je 3000, 1126 zu je 2000, 2170 zu je 1000, 3500 zu je 500, 10594 zu je 400 Mark.

Kongerte / Theater / Vergnügungen

Eintrittsgeld. Heute Dienstag, 20 Uhr (1. Abonnements-Vorstellung A 1), beginnt die neue Spielzeit im Stadttheater mit Verdis "Dietrich"...

Rebetheater. Für die Sonnabend, den 3. September, 20.15 Uhr, stattfindende Eröffnungsvorstellung von Fritz von Unruh's Komödie "Phäa"...

Thalia-Theater. Sonnabend, den 3. September, 20.15 Uhr, Eröffnungsvorstellung zum ersten Male: "Freie Bahn der Tüchtigen"...

Operette. Heute Dienstag findet die Premiere des 1. September-Programms statt. Vor allem wird uns das Schauspiel des Dresdener...

Wirtschaft

Statistische Position 912 A 3

Entwicklung und Konjunktur der Funkindustrie

Von Kurt Heinia

In Berlin wurde die 8. große deutsche Funkausstellung eröffnet.

Im Jahre 1930 ist die Zahl der Rundfunkteilnehmer um 440 000 auf 3,5 Millionen gestiegen. Allein im ersten Quartal des...

Unter Augenhandeln in Vorrichtungen für die drahtlose Telegraphie und Telephonie (statistisches Materialverzeichnis Position 912 A 3) ist in der ersten Hälfte des Jahres 1931...

Zum ersten Halbjahr 1930 führte Deutschland 292 000 Doppelzentriger Funkgerät im Werte von 2,1 Millionen Mark aus. In der...

Das Hauptabgabebereich des deutschen Funkgeräts sind Großbritannien, dann Frankreich, die Niederlande, Schweden, Belgien, die Schweiz, Dänemark, Argentinien, Italien und das Saargebiet.

Die Einfuhr an Rundfunkgerät ist nicht erheblich, sie ist im laufenden Jahre etwa so groß wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sie ergibt für das ganze Jahr einen Wert von etwa 10 Millionen Mark.

Die deutsche Rundfunkindustrie befindet sich nach wie vor in einer Sonderentwicklung. Man kann von einer fortgesetzten...

Sozialdemokratische Partei

Bevorzugte Adressen. 31. März 1931 - 120
Telefonnummern 500 00 - 500 01

Abteilung Südwest (Distrikte 1, 3, 4, 5, 5B). Heute bei Brauer, Straße, Abteilungsverammlung.

Schulstunde

Heute 17 bis 20 Uhr geöffnet. Schulstunde Dr. Heute 20 Uhr Margaretenstraße. Der Schulstunde Dr. Heute 20 Uhr Margaretenstraße.

Sozialistische Arbeiterjugend

Abteilung Südwest! Die Anmeldungen für die Jugendsozialisten (Jugendsozialisten) für September sind bis zum 10. September...

Freiwillige Jugendpartei

Abteilung Südwest. Heute 20 Uhr Mitgliederversammlung der Jugendgruppe Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über den...

Freidenkerjugend

Alle Mitglieder sind heute 20 Uhr im Jugendheim Siebenhüfener Str. 11 zur...

Monatliche Jugend

Heute 19.30 Uhr sind alle Mitglieder der Spiel- und Sprechergemeinschaft...

Von den Arbeiterkindererzählern

Abteilung 6 (Strohener Tor). Nächsten Dienstag von 17 bis 19 Uhr der...

Das Radiogerät ist heute in rund 4 Millionen Haushaltungen üblicher Mobiliargegenstand. Neben der Produktion des Funkgerätes, dessen Wert mit rund 200 Millionen Mark (für 1930)...

Selbstverständlich wirkt die Konjunktur auch auf die Radiowirtschaft. Das verweist sich aber mehr oder weniger völlig auf die...

Neben dem Kampf in der Industrie der Radiogeräteproduktion verlangt die Entwicklung vom Funkhandel außerordentliche Beweglichkeit. In sich hat es der Funkhandel...

Die fröhliche Entwicklung in der Radiowirtschaft und der Hilfsgewerben verlangt für die technische Betriebsapparatur (Maschinen und Werkzeuge)...

Geschäftliches

12 000 Mark Jahresrente für einmalige Zahlung von 2 M. Reichen des Projekts der Dr. Emil Hofer, Charlottenburg, welcher unserer heutigen...

Es wird gespart - - aber wie ist das Ergebnis?

Gleiwitz ohne Jugendheim, Erholungsfürsorge und Volksschulen

Unter der bezeichnenden Überschrift „Protokoll gegen die Abschaffung der Selbstverwaltung“ bringt die „Ober-schlesische Volksstimme“, das Zentrumsorgan (11) für die Provinz, folgende Entschließung der Gleiwitzer Stadtverordneten, in der mit erschreckender Deutlichkeit zutage tritt, die verbleibende Energie mit der in Deutschland derzeit notwendig ist, um die Finanzen der Kommunalverwaltungen in besserem Gesicht zu verwalten, tatsächlich aber auch den primitivsten Aufgaben selbst bürgerlicher Kommunalpolitik den Lebensfaden abzuschnitten.

Die Finanznot der Stadt Gleiwitz ist durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Steuerquellen katastrophal gestiegen. Durchgreifende Reichs- und Staatshilfe ist dringend geboten. Die eigene Sparpolitik wird aus eigenem Antrieb und gemäß den Forderungen der Regierung radikal fortgesetzt, jedoch sind insoweit die Möglichkeiten hauptsächlich beschränkt, weil die in dem Sanierungsprogramm des Reiches vorgeschlagenen Sparmaßnahmen in der Stadt Gleiwitz schon längst Wirklichkeit geworden sind.

So befehlen bereits die allernächsten Notwendigkeiten für die Unterhaltung von Wohlfahrts-erwerbslosen, ferner hat die Stadt keine

Jugendheim, keine Erholungsfürsorge, keine Volksschulen und ähnliches. Die Volksschulen weisen eine Durchschnittsfrequenz von 50 Schülern für die Klasse auf (Sparvorschlag des Stadtags 45 Schüler), die Pflanzstundenzahl der Lehrer ist voll ausgenutzt, die gewerbliche Berufsschule erteilt längstens nur vier Wochenstunden für ungelernete und sechs Wochenstunden für gelernete Arbeiter, wie es in dem Sanierungsprogramm als Sparmaßnahme gefordert wird, die Einkommens- und Beförderungssperre für städtische Beamte und Angestellte besteht bereits seit über ein Jahr und so fort. Trotzdem würde ein Zusammenbruch unvermeidlich sein und die Gefährdung auch der Wohlfahrtsunterstützungen und der Zinsverpflichtungen der Stadt nach sich ziehen, wenn nicht sofort in Höhe des gegenüber dem Etat eingetretenen Steuerausfalles und der inzwischen eingetretenen Steigerung der Wohlfahrtslasten ausreichende Reichs- und Staatsbeiträge gewährt, die Krisenunterstützungsempfänger völlig und die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger anteilig und abgenommen, die noch immer unerträglich hohen Zinssätze auf ein wirtschaftlich vernünftiges Maß herabgesetzt sowie die durch die osterbergschlechte Zuwanderung verursachte Ueberziehung des Hauszinssteuerfonds reichsseitig abgedeckt wird.

Ärgerliche Kommunalpolitik am Branger

Devahaim-Kredit„geschäfte“ in Ober-Salzbrunn

60000 Mark werden ohne Sicherheit verpulvert - Dafür wird an der Säuglingsmilch gespart

Im Frühjahr überraschte der bürgerliche Gemeindevorsteher Herr Magel der Gemeinde-Ober-Salzbrunn die Gemeindevertretung mit der frohen Botschaft, daß die Devahaim-Gesellschaft eine gute Gelegenheit böte, die verschiedenen kurzfristigen Schulden der Gemeinde in ein langfristiges Darlehen umzuwandeln. Da hinter der Gesellschaft bekanntlich der Zentralausschuß für die Innere Mission und die evangelische Landeskirche stand, war Magel natürlich auch die bereitwilligste des Lobes voll. Schließlich schloß die Gemeindevertretung denn auch den Beschluß, die kurzfristigen Darlehen der Gemeinde auf diesem Wege in eine langfristige Schuld umzuwandeln. Magel wurde beauftragt, Berlin persönlich Erkundigungen über die Bonität des Unternehmens einzuziehen, sowie darüber, welche Sicherheiten für die Summe von 60 000 Mark gegeben werden könnten, die von der Gemeinde zum Erwerb des Anrechts auf Gewährung der gewünschten Hypothek von rund einer halben Million gefordert werden. Die Gemeinde mußte nämlich erst die Mitgliedschaft an etwa 15 Prozent Anteile erwerben. Bei der Frage nach Sicherheiten spielten die Herren in Berlin die Beleidigten, und bedeutete Herrn Magel, daß er doch nicht mit Ping und Schnur verhandle, sondern mit Vertretern, hinter denen die Masse und die Innere Mission stehen.

Bad Charlottenbrunn. Aus dem Juge springen, ist gefährlich. Die Tochter eines hiesigen Eisenbahners war auf der Heimfahrt versehentlich in Charlottenbrunn durchgefahren. Als sie ihren Irrtum vor dem Köhlerbergertunnel bemerkte, sprang sie, bevor man sie zurückhalten konnte, auf offener Straße aus dem Zuge. Beim Abhugen der Straße fand man dann das 16jährige Mädchen mit erheblichen Verletzungen auf.

Hirschberg. Schon wieder ein Ausmarsch aus der Stadtvertretung. Bei der Wahl des Ausschusses, der die von den Sozialdemokraten aus Sparanlassgründen bekämpfte - Ausschreibung der Bürgermeisterstelle vornehmen sollte, kam zu Auseinandersetzungen über die anteilige Beteiligung des Ausschusses. Als die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten dem Bürgerblock nicht die gewünschten fünf, sondern nur vier Vertreter zugestanden, marschierten die bürgerlichen Stadtverordneten wieder einmal geschlossen aus dem Saal.

Waldenburg. Motorrad in der Scharfensteigstraße. Am Sonntag fuhr hier ein Motorradfahrer in die Schaufensterreihe des Schuhgeschäfts Kowatz in Jaborze. Die Scheibe wurde zertrümmert. Der Schaden beträgt 700 Mark. Verleihen wurden nicht verletzt.

Angetreuer Steuererheber

Bei einer Steuerzahlstelle der Stadt Bunzlau sind größere Dienstleistungen aufgebracht worden. Der seit 25 Jahren in städtischen Diensten stehende Steuererheber Krüger, der demnächst pensioniert werden sollte, hat in den letzten Wochen insgesamt 500 Mark vereinnahmt Steuererheber unterschlagen. Krüger behauptet, daß es sich um ein Kassamanöuvre handle, und daß er nicht wisse, wo das Geld hingekommen sei, gibt jedoch zu, einen Teil des fehlenden Geldes für sich verbraucht zu haben. Bei der bevorstehenden Zahlstelle ist dieser Fall die dritte Unterschlagung in diesem Jahre.

Waldenburg. Gute Ernte. In seinem Kleingarten hat der Polizeihauptwachmeister Woiwode eine Oberrübe geerntet, die ein Pfund und 280 Gramm wiegt.

Schweidnitz. Selbstanschluß im Telefonbetrieb. Am Sonntag wurde hier das neue Selbstanschlußverfahren in Betrieb genommen.

Schweidnitz. Gold im Dorfbach. Erwerbslose, die auf der Jagd nach Gold im Dorfbach waren, fanden in diesem ein Zehnmarkstück der Vorkriegszeit.

Aus der Umgebung

Wenn man einen Rehbock kaufen will
Die Methoden, mit denen mitunter versucht wird, Widererfolg zu erzielen, sind bekanntlich oftmals recht ansehnlich. Ein typischer Fall von bösem Lockpfeilum hat sich kürzlich in Klarentransk, Kreis Breslau, ereignet, wobei der fragliche Amateur-Detektiv aber einen argen Hereinfall erlitt, der im ganzen Ort herzlich belacht wird.

Einem unter dem Namen „Oberförster“ bekannten Arbeiter in Klarentransk näherte sich dieser Tage ein erst kürzlich am Orte zugezogener Rehbockhändler L., um ihn zum Wildern zu verleiten. L. war sehr großzügig und „bestellte“ gleich einen kapitalen Rehbock. Der „Oberförster“, der dieses lebhafteste Jagdinteresse schon richtig tagiert hatte, ver sprach auch ganz selbstverständlich einen Rehbock von 24 Pfund, den er mit einem Motorradfahrer nach Breslau schicken werde, wo ihn L. im Schweidnitzer Keller abholen wolle. Statt einem Rehbock beschaffte er sich aber einen - - toten Hund, verpackte ihn in einen Sack und expedierte das „Wildbret“. Prompt wurde der Kraftfahrer beim Odezwerk in Schweidnitz von drei Polizeibeamten mit vorgehaltenem Revolver angehalten. Statt des signalisierten Rehbocks fanden die Polizisten aber nur besagten toten Hund vor, während der Privatdetektiv im Schweidnitzer Keller trauernd auf die Prämie wartete.

Das Gericht bedauert

wenn es einen Stahlhelmann verurteilen muß

Der Stahlhelmführer Storzownek aus Klein-Schöttgau hatte sich dieser Tage wegen Vergehens gegen die Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er war mit einem Luftpumpenwagen im Juli auf einem Lastkraftwagen von Grünitz nach Groß-Schöttgau gefahren, obgleich sie nur die Genehmigung hatten, sich zu Fuß oder auf Fahrrädern geschlossen dorthin zu begeben. St. behauptete zwar, daß das Domanium erst im letzten Augenblick den Lastwagen zur Verfügung gestellt habe, so daß sie eine Genehmigung nicht mehr einholen konnten. Aber gerade bei solchen politischen Autofahrten wird bekanntlich auf die Genehmigung großer Wert gelegt, da sich gerade auf Chausseen die meisten Ausschreitungen ereignen und der Landrat gegebenenfalls die Umleitung politisch andersgesinnter Züge veranlassen kann.

Die Kinderkrawalle wegen Vergehens gegen diese Notverordnung sind drei Monate Gefängnis, auf die auch das Gericht erkannte. Aber es bedauerte ausdrücklich, daß hier eine so hohe Strafe verhängt werden mußte.

Umtlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten)

Über Norddeutschland hat sich eine leichte Beruhigung der Lage eingestellt. Bei stillendem Winde herrscht zeitweise aufhellendes, tagsüber mäßig warmes Wetter. Die Reste der Störung 44 C sind inzwischen von Frankreich bis Süddeutschland vorgezogen. Sie können auch bei uns vorübergehende Gemitterstürmchen hervorrufen.

Wetterprognosen für den nächsten Tag: Bei meist schwachem Winde aus westlichen Richtungen nur vorübergehend mäßiges Wetter mit vereinzelten örtlichen Gewitterstauern, sonst zeitweise aufhellend und mäßig warm.

Wetterprognosen für den nächsten Tag: Bei wechselndem Winde noch meist neblig-wolfiges, mildes Wetter, örtliche Gewitter.

Sonnenaufgang: 5,09 Uhr - Sonnenuntergang: 18,30 Uhr.

Kreis-Feuerwehrtag für Breslau-Land

Der diesjährige Kreis-Feuerwehrtag der freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Breslau findet kommenden Sonntag, den 6. September, in Groß-Mohrbeitz statt. Von 10,15 Uhr werden einige Wehren Köchlichkeiten zeigen, ab 11,30 Uhr beginnen die Beratungen des Verbandes der freiwilligen Feuerwehr.

Opperan. Unfall am Karusel. Der siebzehnjährige Lehrling Ueberzahn wollte an dem hier stehenden Karusel-Karussell Altimnjüge versuchen, stürzte dabei ab und auf sein Fahrrad. Er erlitt Wadenbeinbrüche an beiden Beinen und einen Rippenbruch. Da er gleichzeitig an den Maschinenraum anstoß, entstand Kurzschluß.

Groß-Mohrbeitz. Weltliche Schule auf dem Markt. Am 28. August sprach hier der Geschäftsführer des Bundes der Freien Schulgesellschaften Deutschlands in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung über das Thema: „Der Bekämpfungskampf der Arbeiterschaft und die weltliche Schule“. Nach dem Vortrag wurde die Gründung einer Freien Elternvereinsung beschlossen und sofort 162 Klüber vom Nationalrat unterzeichnet abgemeldet. Darnach soll am Orte eine weltliche Schule errichtet werden.

Brodau. Sozialistische Arbeiterjugend. Dienstag, den 1. September, sprach Genosse Herbert Rosol über das Thema: „Wir und der Artikel 48“. Mittwoch fällt der Sprechtage aus. Dafür sind wir Mittwoch und Donnerstag auf dem Sportplatz.

Kinderfreunde. Freitag, den 4. September, findet im Jugendheim der Turnhalle die erste Elternversammlung statt.

Brodau. Rassistische Gehirnerkrankung. Obwohl auch die Beamtenschaft in der Rassenfichtung unserer herrlichen Gesellschaftsordnung zu jenen zu rechnen ist, die mangelndes Bestreben an Produktionsmitteln als Proletariat klassifiziert werden müssen, haben die Nazis in ihren Reihen ein nicht unbeträchtliches Gefolge. Wie verheerend sich dies hinsichtlich des allgemeinen Geisteszustandes unserer Beamtenschaft auswirkt, zeigt sich in verschiedenen Randbemerkungen, die während des republikanischen Tages festgehalten werden konnten. Aus den Fenstern des Reserve-Kommandos St. 10 wurde der Reichsbannerzug sogar mit einem Revolver bedroht. Eine sofortige Durchsuchung forderte eine mit sechs Patronen geladene Pistole zutage. Aus den Fenstern des Rangierführers Kiwulke spuckten die Kinder auf den Zug. Der Zugführer Kösler meinte hingegen: „Was eigentlich diese Horde in Brodau wolle“. Der pensionierte Reichsbahnsekretär Janowski: „Was eigentlich Löbe in Brodau wolle, denn was er heute lobert, habe er schon vor zehn Jahren gesagt“. Er hat offenbar besonders gut zugehört.

Mittels a. d. D. Freitag in der Ober. In der Nähe des Ortes wurde die Leiche des in Liegnitz wohnhaften Professors Dr. Julius Fey aus der Ober geborgen. Wie aus einem Abschiedsbriefe hervorgeht, hat Dr. Fey aus noch unbekanntem Gründen Selbstmord verübt.

Zindel. Nazi-Feldlager in Sicht! Obwohl der Jahrestag des „Schweineschlachtfestes“ von Jäsklowitz noch nicht völlig ist, marschieren am 13. September (angeblich) gegen 300 Nazis in Zindel. Alle Vorbereitungen für den Empfang sind getroffen. Steht auch keine Schließung zur Verfügung, so ist da die Feldküche fahrbereit. Stabquartier liegt bei dem katholischen Gastwirt Seidel bestellt. Inzwischen wird auch der Güntling des Deiffen, „A. Tschöpe, vom Kurzus aus dem „Braunen Hause“ in Wünnchen zurück sein und den Festteilnehmern die neuesten Instruktionen beibringen.

Meleschitz. In einer Vorstandssitzung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Nordb. referierte Genosse Dr. Korn über die „Wirtschaftliche und politische Lage“. Eingehend wurden die letzten Kreisversammlungen besprochen, ferner der Arbeitsplan bis zum Jahresende besprochen. Für die Teilnahme am „Roten Treffen“ in Jäsklowitz am 20. September ist eifrig zu werben. Für den „Roten Tag“ in Meleschitz, der am 27. September stattfinden soll, wurden alle Einzelheiten festgelegt. Wertvolle Anregungen für Werbung und Bildung der Genossen wurde gegeben. Die diesjährige Revolutionsfeier der Arbeitsgemeinschaft findet am 8. November in Jäsklowitz statt. Gilt es doch dort, den irrezugeleiteten Anhängern des Nazi-Deiffen zu zeigen, daß der Geist der Revolution in den Massen trotz Not und Elend doch lebendig ist.

Ein bei Domsloy. Stahlhelm hat Versammlung. Die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr sind hier am Freitag im Stahlhelm. Kein Wunder, daß wenn abends 9 Uhr dicht am Dorf ein Strohstoß brennt, es sehr lange dauert, bevor die Feuerwehr erscheint. Denn, anstatt zu retten und zu löschen, mußte man am Freitag von der Versammlung erst nach Hause gehen, die Stahlhelmuniform ablegen, um dann an der Brandstelle zu erscheinen. Denn die Uniform ist fürs Auge, nicht für Dred und Sped, auch nicht für den Schützenschrank. Wenn ein Haus gebrannt hätte, wären die Bewohner längst umgekommen gewesen, ehe die bestahlhelnte Feuerwehr eingetroffen wäre.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neu-ost/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau, Zimmer 17-17a)
Telephon 59066, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 15-18 Uhr

Groß-Mohrbeitz. Mittwoch, den 2. 9., 20 Uhr, bei GUSI Mitgliederversammlung. Redner: K. Steffen.

500 Kaffeehausbesucher zur Beurteilung von Kaffee herangezogen

In einem der schönsten Kaffeehäuser Romis, das im Zentrum gegenüber dem Parlament liegt, wurde kürzlich jedem Gast, der eine Tasse Kaffee bestellte, noch eine zweite Tasse Kaffee serviert mit der Bitte, zu beurteilen, welcher der beiden Kaffees der bessere sei.

In 498 von 500 Fällen wurde Kaffee II als der bessere bezeichnet. Was für eine Kaffeeorte dieser bessere war, wußte das Publikum nicht. Es war Kaffee Hag! Natürlich wurde in diesem Kaffeehaus schon immer ein guter Kaffee gereicht, aber da der Besitzer seinen Gästen das allerbeste bieten will, verwendet er jetzt ausschließlich Kaffee Hag. Durch hervorragende Qualität und völlige Unschädlichkeit hat sich Kaffee Hag die Welt erobert. Er wird in 39 Ländern der Erde getrunken.

Sie probieren Sie Kaffee Hag noch heute. Er ist überall zu haben. Das große Paket kostet jetzt nur noch RM 1.62, das kleine Paket 81 Pfennig.

Kaffee Hag bleibt Kaffee Hag



Brandstiftung im Flugzeug

Die Tat eines Geisteskranken

In dem Flugzeug D 1727, das die Strecke München-Berlin bestreift, wurde am Sonnabend nachmittag in der Nähe von Fürth ein mysteriöses Attentat verübt. Kurz nach 15 Uhr hörten die Fluggäste der stark besetzten Maschine das Geräusch einer Explosion und sahen starken Qualm aus der Toilette dringen. Daraufhin wurde die Tür der Toilette erbrochen und man fand einen Mann, der Feuer angelegt hatte. Das Feuer konnte sofort gelöscht und dem Mann eine Flasche mit einer Flüssigkeit entzogen werden. Der Brandstifter wurde überwältigt. Durch die in dem Flugzeug befindliche Zunanlage wurde sofort der Flugplan für Fürth benachrichtigt, wo der Täter durch die Kriminalpolizei verhaftet wurde. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Geistesgestörten, der auf diese Weise Selbstmord begehen wollte. Das Flugzeug, das keinerlei Beschädigungen erlitten hatte, konnte den Flug planmäßig fortsetzen.

Zu dem Anschlag werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der gefährliche Passagier, ein Metallschleifer namens Sutter aus Schweinfurt, gab bei seiner Vernehmung an, daß es ihm über geworden sei und er im Toilettenraum rauchen wollte. Er habe dann auch aus einer Flasche, die Zwetschen-Schnaps enthält, getrunken, wobei diese zur Explosion kam. Da gegen seine Person keinerlei Bedenken vorlagen, wurde er aus der Haft entlassen. Er hat sich daraufhin nach Schweinfurt begeben und wurde mit schweren Brandwunden in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. Die Verletzungen sind jedoch nicht lebensgefährlich.

Sein Kind erdrosselt

In der Nacht zum Sonntag stellte sich der in Spandau wohnhafte Müller Walter Ehmman der Polizei mit der Angabe, daß er seine zweijährige Tochter erdrosselt habe. Die Nachforschung der Polizei ergab bald, daß diese Selbstbezüglichung den Tatsachen entsprach. Die zweijährige Tochter Ehmman wurde bei Bichelsdorf unter der Heerstraßen-Brücke mit einem Strick erdrosselt und einem Knebel im Mund aufgefunden. Ehmman, der mit seiner Frau seit Beginn seiner jetzt dreijährigen Ehe in Streit lebte, hat das Kind umgebracht, um, wie er angab, seine Frau zu reizen. Anfänglich wollte er nach der Tat Selbstmord verüben, dazu schickte ihm jedoch der Mat. Er stellte sich deshalb der Polizei, ohne Hand an sich selbst anzulegen.

Ein Goethe-Film

Im Rahmen der Propaganda-Vorbereitungen für die bevorstehende Goethe-Weisfeier im März 1932 begann das „Institut für wissenschaftliche Filme“ mit der Herstellung eines Goethe-Films. Den ersten Aufnahmen, die in Weimar gemacht wurden, wohnte Reichsminister Dr. Kopsch bei. Weitere Teile des Films werden in Frankfurt a. M. und Rom gedreht werden. In dem Film sollen Stätten vorgeführt werden, an denen Goethe lebte und wirkte.

Auf der Suche nach einem Handgranatendieb

Die Polizeibehörden fahnden gegenwärtig nach einem dreiwanzigjährigen Schlosser D., der bei Uelzen liebig Handgranaten entwendet haben soll. Man vermutet, daß er sich in Höhlen in der Lüneburger Heide aufhält oder bei Freunden Unterschlupf gefunden hat. Die Handgranaten soll D. bei einem Hofbesitzer in der Uelzener Gegend gestohlen haben. Den Blättern zufolge erstrecken sich die Ermittlungen natürlich gleichzeitig auf die Feststellung, welche Absichten der Hofbesitzer mit seinem Waffenlager verfolgte.

Vor dem Prozeß wegen des Säuglingssterbens in Lübeck

Das Befinden der mit dem Antituberkuloseserum gefütterten Säuglinge hat sich, wie in einer Pressebesprechung mitgeteilt wurde, weiter günstig entwickelt. Der letzte ärztliche Befund konnte keine schwerkranken Säuglinge mehr feststellen. Als mittelstark erkrankt wurden nur noch vier Kinder bezeichnet, doch ist das Allgemeinbefinden auch dieser Kinder gut.

Leichenhändlung

In einer Gruft des Friedhofes Melaten in Köln wurde in der Nacht zum Montag ein Sarg erbrochen. Die sterblichen Überreste eines älteren Mannes wurden in nicht wiederzugebender Weise zerstückelt. Die Polizei nimmt an, daß der Täter ein Geisteskranker war.

Berurteilte Naziprobleme

Vom Schnellgericht Göttingen wurden 21 Mitglieder der Ortsgruppe Göttingen der NSDAP zu insgesamt 128 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Nazis hatten einen kleineren Trupp der sozialistischen Arbeiterjugend von Göttingen überfallen und mit Stahlruten, Stöcken und anderen Schlagwerkzeugen bearbeitet. Einem fünfzehnjährigen Jungen waren die Zähne ausgeschlagen worden, ein anderer hatte durch Stahlrutenschläge ebenfalls schwere Verletzungen erlitten.

Arzttragödie

In Gelsenkirchen erschog ein Arzt seine Frau und sich selbst. Das Ehepaar hinterläßt drei Kinder. Das Motiv des Doppelselbstmordes dürfte darin zu suchen sein, daß der Arzt aus dem Berufsverband der Gelsenkirchener Ärzte ausgeschlossen worden war. Der Ausschluß war erfolgt, weil der Arzt vor kurzem wegen eines Autounfalls zu einer Gefängnisstrafe mit Bewährungsfrist verurteilt wurde...

Saßbefehl gegen Dubral

Gegen den Berliner Kriminalkommissar Dubral, der vor einigen Tagen wegen verschiedener Amtsvergehen und Kreditverschöndelungen festgenommen worden ist, wurde Saßbefehl erlassen. Die politischen Ermittlungen sind abgeschlossen; Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft steht bevor. Man scheint festzuhalten, daß durch eine wesentlich falsche Aussage Dubrals vor Gericht ein bisher unbekannter Mann, der zu den Angehörigen des letzten großen Berliner Spießbüchsen gehörte, zu einer harten Gefängnisstrafe verurteilt worden ist.

Zeppelins Südamerika-Sahrt

Reise im Passat - Die Organisation des Wetterdienstes - Wirtschaftliche Perspektiven

Drei Wochen braucht ein Frachtdampfer für die Reise von Hamburg nach Pernambuco. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ legt die gleiche Entfernung in drei Tagen zurück. Dieser Vergleich läßt den Sinn der zweiten Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“ gegenstandslos werden.

Bei dem Luftweg nach Südamerika hat man entweder den Nordostpassat oder den Südostpassat zu durchqueren. Ein Passat ist eine von einem Hochdruckgebiet abwehende Windströmung. Die Hochdruckgebiete auf dem Ozean liegen durchschnittlich unter dem 30. Grade nördlicher und 30 Grad südlicher Breite. Die vom Nordatlantischen Hochdruckgebiet in Richtung Spanien und Portugal abströmenden nordwestlichen bis nördlichen Winde werden als Nordostpassat bezeichnet und die entsprechenden vom Südatlantischen Hochdruckgebiet abströmenden Südostwinde als Südostpassat. Die Passate fließen beide der Tiefdruckrinne zu, die sich von der Westafrikaküste bis zur brasilianischen Amazonas-mündung erstreckt. Eine Südamerika-Luftfahrt wird also niemals ganz regenfrei verlaufen können. Aber an sich verschaffen die Passate (im allgemeinen herrscht der Nordostpassat vor) günstige meteorologische Bedingungen, und bei der Hinfahrt ist meist mit Rückenwind zu rechnen.

Sicherheitsinseln

Nach Nordamerika kommt das Luftschiff rascher, aber die längere Fahrzeit der südlichen Route wird durch die gebotene Fahrsicherheit aufgehoben. Bei einer Gesamtlänge von etwa 7300 Kilometern hat die Fahrtrasse fünf Etappen. Vom deutschen Standort des Luftschiffes bis nach Kap San Vincente, dem südlichsten Zipfel Europas, der in den Atlantischen Ozean hineinragt, beträgt die Landstrecke 1800 Kilometer. Der Weg über den Ozean, von Kap Vincente nach Madeira, ist 1000 Kilometer lang. Von Madeira nach den Kanarischen Inseln hat der Zeppelin 500 Kilometer zu überfliegen. Von den Kanarischen Inseln nach den Kap Verdeischen beträgt die Strecke 1500 Kilometer, von da zur Insel Santa Paul ebenfalls 1500 Kilometer und von dieser Insel bis nach Pernambuco an der brasilianischen Küste sind noch 1000 Kilometer zu überfliegen. Diese Etappen und Sicherungsstationen des südamerikanischen Zeppelinfluges, die besonders später, bei der Einrichtung eines ständigen Flugdienstes für Luftschiffe und Großflugzeuge von außerordentlicher Bedeutung sein werden, bieten die besten Sicherheitskoeffizienten einer Luftverbindung zwischen Amerika und Europa.

Wetterhilfe der Großdampfer.

Sehr wesentlich für den glatten Verlauf der Südamerikafahrt des Luftschiffes ist ferner die Erforschung der Windverhältnisse in der Höhe. Schon seit dem Jahre 1922 werden von der deutschen Seewarte in Hamburg auf Anregung der deutschen Luftfahrt entsprechende Forschungen angestellt. „Hamburg Süd“, „Hapag“ und „Norddeutscher Lloyd“ haben auf ihren nach Südamerika fahrenden Schiffen des öfteren Plätze für Meteorologen zur Verfügung gestellt. Die Gelehrten führten auf ihren Fahrten mit Hilfe von Pilotballonen insgesamt 1800 Höhenwindmessungen bis zu Höhen von 22 Kilometer aus. Um derartige Höhenwindmessungen laufend durchführen zu können, haben seit einiger Zeit die Kapitäne und Offiziere der genannten Reedereien auf Veranlassung der deutschen Seewarte diese Messungen selbst übernommen. Drei solcher Höhenwindmessungsstellen gibt es auf Schiffen, die den Atlantischen Ozean befahren und drei weitere auf der Südamerikaroute. Von den Höhenwindmessungen auf dem Südatlantik kommen augenblicklich die Arbeiten des Dampfers „Kap Arizona“ der „Hamburg Süd“ in Frage. Außerdem kreuzt zurzeit vor der Küste vor Rio del Oro (Baja California) mit entsprechender Aufgabe das Motorschiff „Orion“, das Hilfschiff der Deutschen Luft-Hansa für deren Flüge Cadix-Las Palmas; die Meteorologen des Hilfschiffes werden also gleichfalls den Zeppelin unterstützen. Vor allem wird aber auch die Hamburger Seewarte dreimal täglich über den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel konzentrierte Wetterberichte im Klartext an das Luftschiff übermitteln.

Dreiecks-Verkehr?

Die jetzige Reise des Luftschiffes hat den ausgesprochenen Zweck, die Bedingungen für den ständigen Luftverkehr auf der südlichen Amerikafahrt zu studieren. Da im Transozeanischen Flugverkehr Wind und Wetter eine noch größere Rolle spielen als im Schiffsverkehr, so wird wohl beim voraussichtlichen ständigen Luftverkehr der Zukunft der sogenannte Dreiecksverkehr aufgenommen werden müssen und zwar etwa in der Route der ersten Südamerikafahrt des Zeppelins. Das Luftschiff wird unter Ausnutzung des Nordostpassats von Europa nach Südamerika fahren, von dort an der Küste entlang nach Nordamerika und mit den Windströmungen des nördlichen Golfstromes nach Europa zurück. Nur auf diese Weise ist keinerlei Zylinderfahrt zu be-

fürchten. Es ist kein Zufall, daß das Riesenschiff „Do X“ das Luftschiff fast denselben Kurs zu halten bestrebt sind, zur brasilianischen Küste zu gelangen. Und die nächste Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“, deren Beginn vorläufig den 17. September festgelegt ist, soll gleichfalls in Pernambuco enden.

Der neue Nachbar.

Die Luftreise nach Südamerika ist von starkem wirtschaftlichem Interesse bedingt. Zwei große aufeinander angewiesene Wirtschaftskontinente rücken durch den Flugverkehr einander näher. Man bedachte: Brasilien liefert nach Europa vier Fünftel der Weltkaffeernte und führt himmelwärts 500 000 Tonnen Getreide aus Europa ein. Über wegen des langen Seeweges könnten bisher eine Reihe wertvoller brasilianischer Produkte dem europäischen Markt nicht zugänglich gemacht werden, besonders die andererseits eine große Maschineneinfuhr nach dort ermöglicht hätten. Wenn es gelang die Verkürzung des Verkehrsweges zwischen Europa und Südamerika regelmäßig bis auf den sechsten Teil zu verringern würde sich das wirtschaftlich sehr sehr günstig auswirken. So könnte der Südamerikaluftverkehr gleichsam schrittweise durchgeführt werden, wenn die Spanier ihr Besprechen gehalten, in Sevilla eine große Zeppelinhalle zu bauen. Es ist zu erwarten, daß die augenblickliche Südamerikafahrt des Luftschiffes in dieser Richtung ein Ansporn zur Aktivität sein wird.

Ausgehobene Falschmünzwerkstatt

In Ruzstrow (im preußischen Kreise Lüchow) übertraf Landjäger und Beamte der Kriminalpolizei Harburg-Wilhelmsburg zwei Falschmünzer bei der Arbeit und nahmen sie gefangen. Außerdem konnte eine große Zahl gefälschter Münzen in der Gegend beschlagnahmt werden.

Ward um zehn Mart

In der Nähe von Bucha (Thüringen) wurde die achtjährige Tochter eines Gutsarbeiters ermordet. Im Wald aufgefunden. Das Kind war mit dem Betrag von zehn Mart zum Einkaufen geschickt worden; bei der Leiche fehlte die Summe. Ein Landknecht, nach dem noch gefahndet wird, ist des grauenhaften Raubmordes verdächtig.

Hochwasser

Infolge der heftigen Regenfälle der letzten Wochen flutet Rhein und Ruhr Hochwasser. In Duisburg ist das um halb der Deiche gelegene Gelände überflutet. Mehrere Mühlen mußten den Betrieb einstellen.

Gewalttaten in Ostgalizien

Bei Kolomen im Kreise Stanislaw wurde gestern drei Personen ein Überfall auf einen Postwagen ausgeführt. Die Täter gaben dabei Schüsse ab, durch die der Wagenführer, der trotz schwerer Verletzungen die Pferde sparte, konnte den Angreifern mit dem Postwagen entkommen. Unweit Lemberg kürzten bisher nicht ermittelte Täter mehrere Telegraphenstationen über den Zug der Eisenbahn ab. Am den Zug zur Entgleisung zu bringen. Der Landstrasse bei Drohobycz wurden ebenfalls sechs Telegraphenstationen abgesetzt. Wie weiter berichtet wird, soll in der Nähe von Winograd die Polizeiwache beschlagnahmt worden sein.

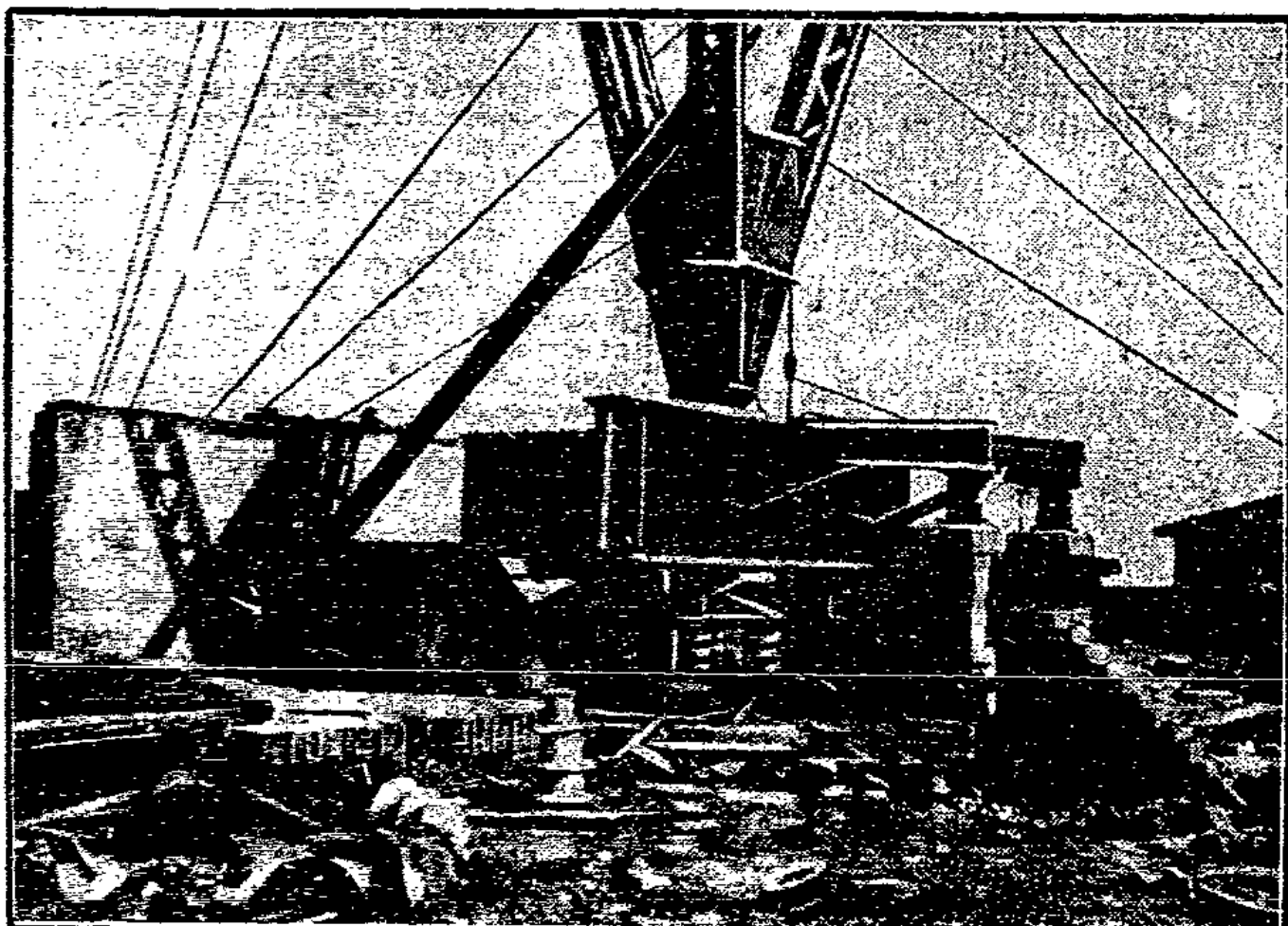
Gronaus Flugzeug über der James-Bay

Wie Associated Press aus Ottawa meldet, wurde das Flugzeug von Gronau um 12.42 Uhr Ortszeit über Kap York am Eingang der James-Bay, etwa 150 Meilen nördlich von Moose Factory (Ontario), gesichtet.

Die Ueberschwemmungen am Jangtseflus

Reuter meldet aus Hankau, daß der Jangtse in der Provinz Kiangsu den größten Teil der chinesischen Baumwollkulturen überflutet hat. Die Regierung entsand Flugzeuge in die Ueberschwemmungsgebiete, die feststellten, daß rund 3600 Quadratmeilen Land unter Wasser stehen. Das heftigste Gebiet hat die ungefähre Form eines Dreiecks, dessen Basis im Norden der Jangtseflus in einer Länge von 120 Meilen bildet, die beiden Schenkel sind 32 und 34 Meilen lang. Die Katastrophe ist lediglich die am großen Kanal gelegenen Städte, die mit Dämmen geschützt sind, entgangen. Die offiziellen chinesischen Schätzungen geben die Zahl der Toten bereits mit 200-300 000 an.

Eine Großfunkstation wird abgebrochen



Die Großfunkstation Eilensee, die dem Ueberseeverkehr diente, wird jetzt abgerissen, da die Anlage veraltet ist und den hohen Anforderungen des Verkehrs nicht mehr entspricht. Als Ersatz errichtet man gegenwärtig im Norden der Insel Rügen eine große Empfangs- und eine Sendestation.